

KONGRESSDIENST

Hamburg
4. JAHRGANG

Herausgegeben vom Präsidium des STÄNDIGEN KONGRESSES
aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik.

Juni 1961
NUMMER 4



Rufmord und Hexenjagd

Ernst von Salomon

Damals, als Thomas Mann sich entschloß, Deutschland zu verlassen, wies er auf einen Ausspruch Goethes hin: Niemals könnten ihn die Ideen aus einem Lande treiben — wohl aber die Sitten.

Anderthalb Jahrzehnte später verließen viele hervorragende Männer ihr Land, eben jenes Land, in dem Thomas Mann eine neue Heimstatt gesucht hatte, die großen und freien Vereinigten Staaten von Amerika. Nicht die Ideen, welche dies Land bestimmten, konnten sie vertreiben, wohl aber die Sitten. Die besten Namen Amerikas, in der ganzen Welt geachtet, wurden plötzlich nicht mehr nach ihren Werten, nach ihren unbezweifelbaren Leistungen be- und verurteilt, sondern nach unkontrollierbaren Graden der Verdächtigung. Der ganze Wust über Bräuche, in den Leidenschaften jeden Volkes am Boden schwelend und durch Gesetze gebändigt, brodelte plötzlich hoch, Denunziation und Spitzeltum, Rufmord und Erpressung, die Pest der Geheimdienste und schließlich die Sitten des Richters Lynch und des Mr. Boykott feierten plötzlich fröhliche Urständ, als eine hohe politische Persönlichkeit, der Senator Mac Carthy, im Gefolge des „Kalten Krieges“ zum Staatsprinzip zu erklären versuchte, was bislang unterirdischer Natur zugeordnet war. Der gesunde Instinkt des

amerikanischen Volkes nannte dies Treiben sehr bald eine „Hexenjagd“ und machte ihm ein Ende. Der Senator mitsamt seiner Hexenjagd verschwand aus dem öffentlichen Blickfeld — jedoch der Schaden, den er angerichtet hatte, blieb: Eine verlorene Schlacht im Kampf um das Vertrauen der Welt.

Der ganze Vorgang hatte anfänglich etwas Unbegreifliches, für die Amerikaner ebenso wie für die Welt. Offenbar war die Pest des Besiegten auf die Sieger übergegangen, wie ein alter Spruch lautet. Die üblen Sitten des Antisemitismus kulminierten in Deutschland plötzlich zum Staatsverbrechen, als sie zum Staatsprinzip dekretiert worden waren. Sie waren in der Tat Verbrechen des Staates geworden wie Verbrechen gegen den Staat, insofern sie sofort nicht nur den unterschwelligsten Gestalten wie bislang, sondern auch der verantwortlichen Staatsführung den Blick für die Realitäten verschleierte. Politik geschah in selbsterzeugter Vernebelung, sie zog zuerst den Irrgang, dann den Untergang der deutschen Staatsgewalt nach sich. Analog der gleiche Vorgang drohte Amerika mit dem Antikommunismus und der Hexenjagd des Senators Mac Carthy.

Das wurde auch in unserer Bundesrepublik begriffen, die amerikanischen Vorgänge waren eindrucksvoll. Als hier die Kommunistische Partei verboten wurde, besänftigte der Bundesinnenminister Schröder einschlägige Befürchtungen sofort mit der Beteuerung, hier werde keine „Hexenjagd“ stattfinden. Nur so erlangte der Minister die Zustimmung der gesetzgebenden Gewalten.

Aber offenbar blieb die List der Idee, der innere logische Vorgang am Werke. Ganz zweifellos hat die kraftvolle Überwindung des MacCarthismus in den Vereinigten Staaten den Nebelschleier zerrissen, in den dort die Politik geraten war, der Wille, sich nach den Realitäten zu richten wuchs bis zum heutigen Tag. Die Politik der Bundesrepublik, von vornherein bestrebt, mit jener der Vereinigten Staaten von Amerika Schritt zu halten, leidet unter dem Gefühl, den Anschluß verloren zu haben. Wir befinden uns noch mitten in dem Nebel, aus dem die amerikanische Politik hervorzutreten sich bemühte. Die Geister, die wir beriefen, sind wir nicht losgeworden. Die Hexenjagd findet immer noch statt, mehr denn je.

Der üble Dunst über unserem Lande hat sich nicht gelichtet, er hat sich unerträglich gedichtet. Unter seinem erstickenden Druck kehrt sich das Unwesen gegen sich selbst. Nicht die Ideen bestimmen mehr das Gesetz, sondern die Sitten, die ohne Idee kraft eigener Magie zum Gesetz der üblen Sitten werden. Niemand, so gebietet das Gesetz, darf wegen seiner politischen oder religiösen Überzeugung verfolgt werden. Die üble Sitte findet mit Leichtigkeit den Ausweg. Da es in ihrem Kriterium liegt, zu verfolgen, verfolgt sie, aber nicht mehr die Gründe, die aus Ideen stammen, sondern aus anderen

Sitten. Die Basis der Moral hat sich verlagert, das Gesetz hat sich verfälscht. Das ist die Lage.

Der MacCarthismus wurde überwunden durch die öffentliche Meinung. In der Tat kann die Gewaltherrschaft der üblen Sitten, kann Denunziation und Spitzeltum, Rufmord und Erpressung, die Pest der Geheimdienste nur durch die öffentliche Meinung bekämpft werden. Ihre Aufgabe ist es, aufzudecken, zu sagen, was wirklich ist. Der Anlässe bieten sich täglich mehr als genug. Aber wir erleben, daß die öffentliche Meinung bereits unter dem gleichen Druck steht, unter dem schrecklichsten und unproduktivsten Druck, den es gibt, dem der Angst, immer vor der fürchterlichen Alternative stehend entweder dumm oder feige zu handeln. Was den Einzelnen treffen kann, Rufmord oder Erpressung, trifft auch ganze Institutionen. In der Hexenjagd wird auch die öffentliche Meinung verfolgt. Ihr Ende ist auch das Ende der Demokratie. Es ist das Kriterium der Diktaturen, daß sie nicht durch die Herrschaft der Ideen entstehen, sondern durch die Herrschaft der Sitten

So mag es gute Diktaturen geben oder üble. Die, auf welche wir, blind im selbsterzeugten Nebel tappend, zugehen, ist das Endergebnis von Rufmord und Hexenjagd, kein Anzeichen deutet darauf hin, daß es eine gute Diktatur sein wird.

Sind wir wieder soweit? Es hat schon einmal so angefangen. Mühselig suchen wir zu begreifen, wie es damals so weit kommen konnte. Dabei bieten sich die Beispiele täglich an, sie liegen auf der Hand. Nur daß heute mit Perfektion geschieht, was damals durch seine brutale Stümperhaftigkeit erschreckte. Aber wenn damals der Schrecken nicht warnte, wie soll heute Warnung sein, was gleitend geschieht, mit dem Öl der Kennerschaft geschmiert?

Gewiß kann sich der Einzelne wehren gegen diese Entwicklung, so lange, bis die Erstickungsgefahr akut ist. Aber verantwortlich zu handeln sind die Mächte gehalten, die sich im Auftrag von Ideen etablierten. Schließlich konzentriert sich die Verantwortung im Aufbau unserer Demokratie auf den Mann, den die inneren Mächte mit der Aufgabe bedachten, über unsere aus den Ideen stammenden Prinzipien zu wachen. Dieser Mann ist bei seinem Wort zu nehmen. „Es wird keine Hexenjagd geben.“ Vermag der Zauberberlehrer die Besen, die er zum wilden Kehren löste, nicht mehr zu bannen, so sei ihm gesagt, daß die Zaubersformel lautet: „In die Ecke, Besen, Besen — seid's gewesen!“

Die Beispiele für Rufmord und Hexenjagd, auf die der Verfasser dieses Artikels verweist, sind so zahlreich, daß sie kaum mehr überblickt werden können. Eine Auswahl der markantesten Fälle bringen wir in einer unserer nächsten Nummern.

D. Red.

Zu unserem Titelbild:

Eine Gruppe des englischen „Direct Action Committee against Nuclear War“ auf dem Marsch von London nach Holy Loch, dem bekannten Stützpunkt der Polaris-Unterseeboote in Großbritannien. Das „Direct Action Committee“ hat sich zum Ziel gesetzt, durch Aktionen zivilen Ungehorsams und bewußter Gesetzesübertretung zum Widerstand gegen die atomare Bewaffnung aufzurufen.

Herausgeber:

Das Präsidium des „Ständigen Kongresses aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik“

Anschrift:

Hamburg 19, Eichenstr. 46, Tel. 49 22 26

Postcheckkonto: Hamburg 27 30 60

(Hans Schiefbahn - Ständiger Kongreß -)

Büro:

Otto Beyer, Stapelfeld; Walter Biermann, Hamburg; Otto Borchers, Wedel/Holst.; Dr. Barbara Brett-Rathjens, Hamburg; Prof. Dr. Kurt Gröbe, Hamburg; Prof. Dr. Hans Grupe, Lüneburg; Prof. H. Heinemann, Lüneburg; Hans Hentschel, Hamburg; Joachim Hindemith, Hamburg; Dr. Ingeborg Maschmann, Lüneburg; Pfarrer emer. Werner May, Hamburg; Ernst von Salomon, Stöckte; Hans Schiefbahn, Hamburg; Erich Wiechmann, Hamburg.

Sekretär: Joachim Hindemith.

Verantwortlich für den „Kongreßdienst“: Dr. Barbara Brett-Rathjens.

Wissenschaftlicher Berater: Dr. rer. nat. Lothar Wiesner, Hannover.

Druck: Gerhard Steen, Buchdruckerei, Hamburg. Der „Kongreßdienst“ ist keine Zeitschrift im Sinne des Gesetzes über Zeitungs- und Zeitschriftenwesen. Er erscheint nach Bedarf und ohne Erhebung fester Abonnementsgebühren.

Gefährliche Illusionen

Als Ende vergangenen Jahres John F. Kennedy zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt wurde, ging ein Aufatmen durch die Welt. Nixon, der Mann des kalten Krieges, der Rollback-Politik, der Mann, der versprochen hatte, NATO und Bundeswehr mit Atomwaffen auszurüsten, war geschlagen; das amerikanische Volk hatte bewiesen, daß es keine Kriegs-, sondern eine Friedenspolitik wollte.

Aber in Europa stellte man sich die Frage, ob dieser „junge Mann“, von dem man ein Jahr zuvor fast noch nichts wußte, wirklich der Friedenspräsident sei, als der er gewählt worden war. Das Geschäft der White-House-Astrologen blühte, wie sonst nur das der Kreml-Astrologen. Bücher, Reden, Aufsätze des Präsidenten, der von ihm ernannten Kabinettsmitglieder und Berater wurden analysiert und gegeneinander abgewogen, wobei jede neue personelle Entscheidung das Bild wieder veränderte. Aber im Grunde wußte niemand etwas, weder die Optimisten, die Kennedy mit Vorschußlorbeeren überschütteten, noch die Skeptiker, die an einer grundlegenden Wandlung der amerikanischen Politik zweifelten.

Inzwischen sind die ersten politischen Entscheidungen getroffen worden. Sagen wir es offen, sie waren so wenig ermutigend für glühende Optimisten, daß einige sich umgehend in Pessimisten verwandelt haben. Aber es geht nicht um Optimismus oder Pessimismus, es geht um Realismus. Kennedy hat in seiner State-of-Union-Rede die Linie seiner Politik angegeben, und Kuba und Laos haben den Beweis erbracht, daß diese Rede in ihrem durchaus nicht auf friedliche Koexistenz abgestimmten Ton aufrichtig war. Die Existenz des Kommunismus und der kommunistischen Staaten ist für Kennedy eine Herausforderung, die Amerika annehmen müsse. Seine Politik ist in der Essenz militant antikommunistisch, worüber alle Andeutungen von Möglichkeiten einer Entspannung, wenn die Kommunisten „ihr Streben nach Weltherrschaft“ aufgaben, nicht hinwegtäuschen kann. Wenn Kennedy die Theorie des Kommunismus, den historischen Materialismus, so interpretiert, daß darin das Streben nach Weltherrschaft enthalten sei, so ist das natürlich ebenso seine Sache, wie es die Chruschtschows ist, diese Auslegung zurückzuweisen. Aber niemand wird wohl annehmen wollen, daß Chruschtschow morgen dem Marxismus-Leninismus abschwört. Wer davon die Entspannung abhängig macht, für den kann sie kein realistisches politisches Ziel darstellen. Es ist nicht zufällig, daß Elemente der Dulles'schen Rollback-Politik auch in Kennedys Programmrede auftauchen; die „Befreiung der osteuropäischen Völker vom Joche des Kommunismus“ wird ausdrücklich zum politischen Ziel proklamiert.

Andererseits ist Kennedy entschlossen, Amerika überleben zu lassen. Er hat alle Züge aus der amerikanischen Politik gestrichen, die ihr in der Dulles-Ära ihr psychotisches und selbstmörderisches Gepräge gegeben haben, also

die Doktrin der massiven Vergeltung (Strauß: „Jeder Gewehrschuß wird mit einem Atomschlag beantwortet.“), die Übergabe der Verfügungsgewalt über die Atomwaffen an alle Verbündeten einschließlich Adenauer und Tschiang-Kai-Schek und die Übertragung der Verantwortung für den Einsatz taktischer Atomwaffen an militärische Dienststellen. Damit war das bisherige NATO-Konzept zerstört. In diese Lücke stieß die neue Strategie des Professor Kis-

men, dann muß es ein entscheidender Punkt seiner Politik sein, zu verhindern, daß die USA von einem wildgewordenen Verbündeten in einen Krieg hineingezerrt werden. Amerika muß sich also bemühen, seine Verbündeten wieder stärker an die Kette zu legen. Die Tagung des NATO-Rats in Oslowar in dieser Richtung ein Anfang. Es war nicht zu übersehen, daß die Bundesregierung durch diesen amerikanischen Kurswechsel in Bedrängnis ge-



In allen Teilen der Bundesrepublik demonstrierten die Arbeiter am 1. Mai gegen den Mißbrauch der Atomenergie für Kriegszwecke und gegen die atomare Ausrüstung der Bundeswehr.

Die Versuche einiger Gewerkschafts- und SPD-Funktionäre, die Fortführung des Kampfes gegen den Atomtod administrativ zu unterbinden, scheiterten. In Hamburg gingen allerdings einige Ordner mit Unterstützung von Polizeikräften soweit, Transparente mit Losungen gegen die Atomrüstung brutal zu unterdrücken, offenbar um dem Redner Willy Brandt einen ihm unangenehmen Anblick zu ersparen. Das hemmungslose und provokatorische Vorgehen gegen von den Gewerkschaften beschlossene Forderungen erinnerte peinlich an die Methoden, die vor dem Ende der Weimarer Republik von den Nazis eingeführt wurden.

Unser Bild zeigt Mitglieder der Sozialistischen Jugend „Die Falken“ mit einer von ihnen beschlossenen Losung.

singer, die nunmehr von den USA und der NATO übernommen worden ist. Der Ansatzpunkt dieser Theorie: Wahrscheinlich lassen sich Kriege in den Krisenherden der Welt auf die Dauer nicht vermeiden, aber es muß auf jeden Fall verhindert werden, daß aus ihnen ein Weltkrieg entsteht, der auf die USA übergreift. Man kann zusammenfassen: den USA soll die Möglichkeit geschaffen werden, weiter eine offensive Politik zu treiben, aber ohne daß sie das Leben der gesamten Nation zu riskieren brauchen. Des läßt sich auch an der amerikanischen Kuba- und Laos-Politik nachweisen.

Wenn Kennedy nicht bereit ist, das Risiko des Weltkrieges in Kauf zu neh-

raten ist. Die Bundesrepublik, einst der treueste Verbündete der Vereinigten Staaten, stützt ihre Politik der Stärke gegenüber dem Osten darauf, daß die USA bei einem auf deutschem Boden entstehenden Konflikt genötigt sein würden, „massive Vergeltung“ zu üben und damit den dritten Weltkrieg auszulösen. Ein Krieg in Deutschland, so will es Strauß, soll zum totalen Krieg werden.

Die USA aber wollen begreiflicher Weise sich von keiner „Automatik“ überrumpeln lassen, sondern ihre Entscheidungen selbständig von Fall zu Fall treffen können. Darum geht das Tauziehen. Es ist noch nicht entschieden.

Die Bundeswehr erhält vorläufig keine atomaren Sprengköpfe; die NATO wird vorerst nicht vierte Atommacht: das ist ein Sieg des amerikanischen „New Look“. Die USA versprechen, „Berlin zu verteidigen“; sie müssen bei wichtigen politischen Entscheidungen die NATO-Mitgliedstaaten konsultieren; das Dokument MC 70 bleibt maßgeblich, d. h. die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffenträgern geht weiter: das ist ein Sieg des Herrn Strauß.

Welche Stellung soll man in dieser Kontroverse einnehmen? Natürlich ist es nicht möglich, unbeteiligter Zuschauer dieses Streites zu sein, aber ebenso unmöglich ist es, einer der beiden Positionen den Vorzug zu geben. Welche Politik sich auch immer durchsetzt, sie stürzt Deutschland in die Gefahr eines Krieges; genauer: die Existenz dieser beiden für Deutschland gleich gefährlichen Theorien beweist, daß wir uns in dieser Gefahr schon befinden.

Die Kissingersche Theorie der „begrenzten Konflikte“ enthält nur scheinbar eine Minderung der Gefahr. Ein begrenzter Krieg ist im Zeitalter der Atom- und Wasserstoffbomben eine Spekulation, die in der furchtbaren Wirklichkeit rasch zuschanden würde. Diese Gedankenspieler scheitert nicht nur an der Borniertheit der Militärs, die immer alles einsetzen werden, was sie haben, sie läßt sich auch nicht in Einklang bringen mit der fundamentalen Tatsache, daß heute zumindest im Westen der Ost-West-Gegensatz als totale, als Todfeindschaft verstanden wird. In einem totalen Krieg würden aber notfalls, und zwar gerade vom Westen, auch die totalen Waffen eingesetzt werden, da die Niederlage unerträglich erschiene.

Aber selbst wenn Kissinger recht hätte, so würde es doch höchstens die Ame-

rikaner, aber nicht uns Deutsche trösten, daß ein Krieg auf deutschem Boden eventuell begrenzt bliebe und nur mit herkömmlichen Waffen ausgetragen würde. Die Flut der Vernichtung, die über Deutschland zusammenschlagen würde, wäre in beiden Fällen furchtbar.

Mancher hat nach Bekanntwerden der neuen Kissinger-Doktrin schon gejubelt und die Ansicht vertreten, nun sei der Kampf gegen die atomare Aufrüstung der Bundeswehr gewonnen. Die Reden von Adenauer und Strauß im Bundestag haben diese Illusionen, wo sie vorhanden waren, jäh zerstört. Zweierlei ist festzuhalten: die Bundesregierung hat ihr Ziel, atomare Sprengköpfe in eigene Hand zu bekommen, ausdrücklich nicht aufgegeben; die Bundeswehr ist nach wie vor im Besitz von Atomwaffenträgern, ihre Ausrüstung mit diesen Waffen wird sogar verstärkt. Von einem Stopp der atomaren Aufrüstung der Bundeswehr ist also gar nicht die Rede. Allerdings, der Schritt in den Abgrund, vor dem die Welt bangte — Übergabe der Sprengköpfe an Herrn Strauß — ist noch nicht erfolgt; aber wir stehen weiter hart am Rande.

Darum unsere Forderung: Wenn Mitteleuropa ein Krisenherd ist, dann muß für alle strittigen Fragen eine faire politische Lösung gefunden werden. Durch Verhandlungen mit unseren „Todfeinden“, selbstverständlich. Die Einsicht, daß es anderes nicht geht, wächst. Bis sie sich aber durchgesetzt hat — das kann und darf nicht mehr lange dauern — ist es unsere Aufgabe, den Bonner Militärpolitikern und denjenigen, die hinter ihnen stehen, so oft und so wirkungsvoll in den Arm zu fallen wie nur möglich. Diese Leute brauchen für ihr außenpolitisches Hasardspiel innenpolitisch einen freien Rücken, darum die Notstandsgesetze; und

darum kommt es darauf an, in der Öffentlichkeit die Gefährlichkeit der militärischen und der Notstandspläne aufzudecken und das Bewußtsein der Gefahr, in der wir schweben, weiter zu verbreiten.

Die Forderung nach nationaler Gemeinsamkeit in den Schicksalsfragen des Volkes klingt sehr schön, geradezu poetisch. Sie ist nur leider rein formal. Wenn die SPD eine gemeinsame Außenpolitik fordert, dann hängt sie lediglich ihrer Kapitulation vor der NATO und Atomrüstungspolitik ein moralisches Mäntelchen um. Es gab eine Gelegenheit in der Geschichte des deutschen Volkes und in der Geschichte der SPD, wo ebenfalls die „nationale Gemeinsamkeit“ alle vernünftigen Erwägungen erstickte, — den Ausbruch des ersten Weltkrieges!

Damals wurde das Wort von der SPD, dem kastrierten Riesen, geprägt. Es gilt leider auch heute. Das ist keine höhnische, sondern eine schmerzliche Feststellung. Sicherlich wird die SPD die Wahlen nicht gewinnen, vielleicht wird sie in eine Koalition mit Strauß einbezogen, aber das ist ganz unwesentlich. Die Hoffnung liegt heute nicht mehr wie noch vor einigen Jahren bei der SPD als Organisation. Sie liegt bei ihren Mitgliedern, sie liegt auch bei den verfeimten Gruppen, die den Kampf für den Frieden und gegen die Atomrüstung auf ihre Fahnen geschrieben haben, und von denen das offizielle Bonn nur spricht, wenn es sie verleumdet. Die Hoffnung liegt aber auch bei den Massen der organisierten Arbeiterschaft. Es kommt schon auf Einigkeit an, aber nicht auf Einigkeit mit Strauß, sondern auf Einigkeit gegen ihn, gegen eine Politik, die erst in die Diktatur, dann in den Krieg zu führen droht, auf Einigkeit für Frieden und Demokratie.

D. Red. des Kongreßdienstes.

Wirtschaftswissenschaftler über die Abrüstung

Ein Interview mit Prof. Josef Zawadzki, Warschau

Wie der „Kongreßdienst“ schon berichtete (Nr. 2/1961), hat im März dieses Jahres in Kiel eine Konferenz von Wirtschaftswissenschaftlern aus Ost und West stattgefunden, die sich mit den wirtschaftlichen Konsequenzen der Abrüstung befaßte. Zu den Beratungen hatte die Presse keinen Zutritt; auch die dort gehaltenen Referate sind zum großen Teil noch nicht veröffentlicht. Wir halten dies für außerordentlich bedauerlich, da sich aus dem Abschlußkommuniqué der Konferenz ergab, daß die Wissenschaftler bedeutende Arbeit geleistet und in wesentlichen Punkten Einigkeit erzielt hatten. Nachstehend veröffentlichen wir ein Interview mit einem Teilnehmer der Konferenz, dem polnischen Professor Jozef Zawadzki.

Herr Professor, Sie haben kürzlich in der Deutschen Bundesrepublik auf einer Konferenz von Wirtschaftswissenschaftlern gesprochen, die der Abrüstungsfrage gewidmet war. Könnten Sie unseren Lesern mitteilen, welche Ziele diese Konferenz sich gesteckt hatte und welche Wissenschaftler an ihr teilnahmen?

Vom 5. bis 9. März dieses Jahres fand in Kiel eine Konferenz von Wirtschaftswissenschaftlern aus sozialistischen und kapitalistischen Ländern statt. Ziel der Konferenz war die Erörterung der

wirtschaftlichen Auswirkungen einer allgemeinen vollständigen bzw. partiellen Abrüstung in Ländern mit verschiedenen Gesellschaftssystemen. Nach der Einführung des leitenden Professors Baade beschlossen wir, die politischen Aspekte des Abrüstungsproblems auszuklammern, soweit das möglich sein würde. Denn wie Professor Baade begründete, sind Abrüstungsbeschlüsse Sache der Politik, der Diplomaten, der Staatsmänner, unsere Aufgabe jedoch sei es, ein viel umfassenderes Problem zu untersuchen, nämlich die unmittelbaren und mittel-

baren Auswirkungen der Abrüstung. Und auch diesem Problem widmeten wir uns nur in sehr allgemeiner Form, denn seine eingehende Bearbeitung erfordert eine Menge Vorbereitungsarbeit, gestützt auf konkretes statistisches Material.

Initiatoren der Konferenz waren der Direktor des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel, der bekannte westdeutsche Wirtschaftswissenschaftler Prof. Fritz Baade, sowie Prof. Arzumian, Leiter des Instituts für Weltwirtschaft der Akademie der Wissenschaften der UdSSR.

An der Konferenz nahmen folgende Wissenschaftler teil: F. Baade, Kiel, F. Friedensburg, West-Berlin (Dir. des Instituts für Wirtschaftsforschung); L. Glagolew und M. Rubinstein von der Akademie der Wissenschaften der UdSSR; Laszlo Hay, Budapest; Jackson, Direktor des Statistischen Instituts in Oxford; Nicholas Kaldor, Cambridge;

Frau Köhler-Rickenberg, West-Berlin, Koziolk und Kuczynski aus der DDR; Wasili Leontief von der Harvard-Universität (USA); G. Myrdal und Svenilsson, Stockholm; Timbergen, Den Haag; Urban aus Prag sowie J. Zawadzki aus Warschau.

Außer den Obengenannten meldeten sich zur Mitarbeit an der Konferenz und sandten ihre Referate ein J. Strachey, London, Gerhard Colm, Präsident der National Planning Association, Washington, Fr. Perroux und André Piatier, Paris, und andere.

Herr Professor, zu welchen gemeinsamen Schlußfolgerungen kamen die Teilnehmer der Kieler Konferenz?

Diese Schlußfolgerungen wurden einmütig in zwei Dokumenten festgehalten, in einer vierseitigen „Zusammenfassung der Diskussionen auf der Konferenz der Wirtschaftswissenschaftler in Kiel“ sowie in einer kurzen Erklärung der Konferenzteilnehmer. Die Schlußfolgerungen, welche in den obengenannten Dokumenten enthalten sind, wurden einmütig angenommen. Sie umfassen folgende Punkte:

1. Eine wesentliche Einschränkung der Rüstungsaufwendungen vermag allen Ländern der Welt sehr wesentliche ökonomische Vorteile zu gewährleisten, sowohl hinsichtlich einer Steigerung der wirtschaftlichen Blüte als auch hinsichtlich der Beschleunigung des Aufschwungs in wirtschaftlich zurückgebliebenen Ländern.
 2. Als Folge einer Abrüstung werden sich wahrscheinlich vorübergehende Schwierigkeiten und Probleme ergeben, die mit der Notwendigkeit einer Umgruppierung der Mittel zusammenhängen. Man darf aber diese Schwierigkeiten nicht überschätzen, denn sie können verringert werden, falls man beizeiten planmäßig an diese Problematik herangeht.
 3. Rüstungsaufwendungen sind weder ein unentbehrliches noch auch ein wirksames Mittel zur Gewährleistung der Vollbeschäftigung. Die Konferenz verwarf die Ansicht, daß hohe Rüstungsaufwendungen die Alternative zur Massenarbeitslosigkeit darstellten.
 4. Die wirklichen Kosten der gegenwärtigen Rüstungsaufwendungen werden durch die globalen statistischen Angaben nicht präzise widerspiegelt. Denn diese können letzten Endes nicht berücksichtigen, daß eine sehr große Menge intellektueller Energie der besten Gelehrten für Forschungen auf dem Gebiet der Rüstung verausgabt wird.
 5. Die Teilnehmer haben erkannt, daß diese Konferenz lediglich den ersten Anstoß zu ähnlichen Diskussionen zwischen Wirtschaftswissenschaftlern darstellt. Außerdem wurde festgestellt, daß sich an künftigen Konferenzen dieses Typs einige schwach entwickelte Länder beteiligen müßten sowie eine größere Zahl sowohl kapitalistischer als auch sozialistischer Länder. Besonders erwünscht wäre die Teilnahme chinesischer Wirtschaftswissenschaftler.
- Herr Professor, wie war die allgemeine Atmosphäre auf der Konferenz, und traten bei den diskutierten Problemen irgendwelche Unterschiede der Auffassung hervor?**
- Die allgemeine Atmosphäre, die auf der Konferenz herrschte, war sehr

herzlich. Offensichtlich waren es eine ganze Reihe von Fragen, bei denen Unterschiede der Auffassung zwischen den Wirtschaftswissenschaftlern aus den Ländern des sozialistischen Lagers und einigen bürgerlichen Wirtschaftswissenschaftlern zutage traten. (Wie uns Prof. Baade informierte, waren aus den westlichen Ländern nur nicht-marxistische Wirtschaftswissenschaftler eingeladen worden.) So stellte z. B. Dr. Urban aus Prag fest

zu verschiedenen ziemlich wesentlichen Fragen unsere grundsätzliche Übereinstimmung im Bereich der wichtigsten Frage überdeckten, nämlich der Abrüstungsfrage und ihrer ökonomischen Konsequenzen. Alle Konferenzteilnehmer waren voll der Anerkennung für Herrn Baade und bürdeten ihm die Verantwortung für die ersten Schritte zur Einberufung der nächstfolgenden Konferenz auf, die, wie ich schon erwähnte, umfassender sein und



Ein Transparent des Jugendzuges der Mai-Kundgebung in Hamburg.

(völlig zu Recht), daß der Prozeß der Abrüstung in den sozialistischen Ländern auf geringere Hindernisse stieße als in den kapitalistischen Ländern. Denn in den sozialistischen Ländern gibt es keine Klassen und Gesellschaftsschichten, die an einer Aufrüstung materiell interessiert wären. Prof. Friedensburg (der gleichzeitig Bundestagsabgeordneter der CDU ist) protestierte gegen die Voraussetzung Dr. Urbans, in der „freien Welt“ existierten Gruppen, Monopole, Gesellschaftsklassen, die an der Rüstung interessiert seien. Zu Recht wurde Prof. Friedensburg entgegen (besonders unterstrich das Prof. Kaldor), daß man, wenn irgendwo, dann in Deutschland nach den zwei Weltkriegen Maß halten sollte mit Einwänden dieses Typs. Unsererseits fügen wir hinzu, daß gerade die Deutsche Bundesrepublik gegenwärtig ein Staat ist, der offiziell territoriale Ansprüche erhebt.

Ungeachtet dieser „partiellen Diskussionen“, welche von Zeit zu Zeit „ausbrachen“, kann man im allgemeinen sagen, daß alle Konferenzteilnehmer in der wichtigsten Angelegenheit übereinstimmten, nämlich in der Frage der Abrüstung, ebenso wie auch alle Teilnehmer die Folgen einer Einschränkung oder völligen Aufgabe der Rüstung positiv für die Wirtschaft der eigenen Länder und für die Weltwirtschaft bewerteten.

Ich möchte an dieser Stelle besonders die Rolle Professor Baades auf dieser Konferenz hervorheben. Er ist ein älterer Herr, der schon binnen kurzem emeritiert werden wird. Dennoch leitete er die Konferenz die ganze Zeit hindurch sehr energisch, häufig griff er in die Diskussion ein, um sie konsequent zum Ziel zu führen. Er ließ nicht zu, daß Abweichungen der Ansichten

gegen Ende 1962 stattfinden soll.

Herr Professor, wie wurden von den Konferenzteilnehmern die Referate der Wirtschaftswissenschaftler aus den sozialistischen Ländern aufgenommen?

Wie mir scheint, sehr gut, sie wurden mit großem Interesse angehört. Man muß sagen, daß ein positives Kennzeichen dieser Referate der sehr weite Rahmen ihrer Thematik war. Mit anderen Worten, die Referate unserer Wissenschaftler hoben sich insgesamt nicht nur durch die Art der Argumentation ab, sondern auch durch den Umfang der Thematik. Während die einen (die Professoren Rubinstein und Kuczynski) sich mit der Problematik der Arbeitslosigkeit und der Vollbeschäftigung befaßten, beschäftigten wir anderen (Koziolk, Urban, Hay und ich) uns mit den wirtschaftlichen Folgen der Aufrüstung in unseren Ländern. Noch andere (Glagolew, Hay, Rubinstein) interessierten sich für das Problem der Form einer Zusammenarbeit der Wissenschaftler in der erörterten Frage.

Professor Glagolew untersuchte die Kostenfrage einer internationalen Kontrolle und das Problem eventueller internationaler UNO - Polizeitruppen. Mein Referat besprach ausführlich die Ansichten der westlichen Welt über den Einfluß der Rüstung auf den Wirtschaftszyklus und deckte die schwachen Punkte dieser Ansichten auf. Ich muß hier feststellen, daß wir auch die Referate unserer Kollegen aus dem Westen mit Spannung anhörten. Einige von ihnen standen auf sehr hohem theoretischem Niveau, auch wenn sie eine einzelne gehende Aufzählung eventueller Verwendungsmöglichkeiten für Mittel darstellten, die infolge einer Einschränkung oder Aufhebung der Rüstung frei werden würden.

Fortsetzung Seite 6 unten

BAN THE BOMB!

Der Kampf der englischen Atomrüstungsgegner

Die beiden nachfolgenden Berichte aus England geben einen guten Überblick über den gegenwärtigen Stand des Kampfes gegen die Atomrüstung in Großbritannien. Das englische Beispiel war in vielen Punkten für die deutsche Antiatombewegung vorbildlich; auch aus diesen beiden Berichten kann eine Fülle von Anregungen entnommen werden.

D. Red.

Betty Dallas

Bericht vom Aldermaston-Marsch

Dieses Jahr gab es zwei Protestmärsche gegen die Herstellung und Lagerung von britischen Atombomben: Ein Marsch begann in Aldermaston, einem Forschungsinstitut für nukleare Bomben und Waffen, und der andere in Wethersfield, einer amerikanischen Raketenbasis in Essex.

Wir hatten sehr unterschiedliches Wetter auf dem Marsch. Karfreitag war es sehr warm und sonnig. Sonnabend regnerisch und grau, Sonntag sehr windig (schwierig für große Fahnen), und am Montag hatten wir den ganzen Morgen schweren Regen. Die meisten von uns kamen schön naß am Trafalgar-Platz an, besonders unsere Füße! Aber trotz des schrecklichen Wetters am letzten Tage marschierten 52 000 Menschen zum Trafalgar-Platz; und zwar 40 000 vom Aldermaston-Marsch und 12 000 vom Wethersfield-Marsch; außerdem standen 5000 schon auf dem Platz, um die Ankommenden zu begrüßen.

Die Marschteilnehmer kamen von nah und fern. Es waren Gruppen von Wales, Nordengland, Cornwall und Lands End (dem westlichsten Zipfel von England), Bergarbeiter aus Schottland, Schiffszimmerer aus Clyde und Studenten von jeder Universität im Land. Am größten war die internationale Abteilung mit Vertretern von Frankreich, Belgien,

Holland, Westdeutschland, Italien, Griechenland, Cypern, Schweden, Norwegen, Dänemark, USA, Canada, Australien, Neuseeland, Ghana, Südafrika, Indien und sogar zwei Japaner. Unsere Regierung hat noch fünf andere Japaner daran gehindert, nach England zu kommen.

Ohne Zweifel war die eindrucksvollste Gruppe des Aldermaston-Marsches die westdeutsche Abteilung. Fast 500 waren von allen Teilen der Bundesrepublik gekommen, und sie trugen viele Fahnen mit sich. Die meisten waren unter 30 Jahre alt. Es war ein herzbewegender Anblick für die Engländer, so viele junge Deutsche zu sehen, die nicht in die militärischen Fußstapfen ihrer Väter und Großväter treten wollen. Sie alle gehörten zu derselben Gewerkschaft für Metallarbeiter und waren meistens beim Schiffbau beschäftigt. Ihre Reise war vermutlich getragen von ihrer Gewerkschaft; denn sie brauchten jeder nur 20,— DM für Verpflegung und Fahrgeld zu bezahlen.

Ich befreundete mich mit dreien von ihnen, aber nur zwei konnten englisch sprechen. Ich sprach mit dem dritten in kurzen deutschen Sätzen. Zwei von ihnen kamen von Friesland und der andere von Hamburg. Der eine aus Hamburg war erst 20 Jahre alt und war doch

hier im Auftrag aller Hamburger.

Meistens wanderte ich mit den Deutschen zusammen. Sie konnten alle gut singen und sangen viele Volks- und Arbeiterlieder. Ich kannte die meisten Melodien und den Wortlaut in englischer Übersetzung. Wenn wir nicht gerade sangen, hatte ich mit ihnen lange Diskussionen über Politik, Abrüstung und die Wiedervereinigung Deutschlands.

Der Junge aus Hamburg stand zwar dem Regierungssystem der DDR ablehnend gegenüber, war aber doch gegen einen Regierungswechsel durch Gewalt, wie er mir versicherte. Er wiederholte jedoch viele der alten Geschichten über das Leben im „schrecklichen Osten“. Er wollte es nicht glauben, daß ich selbst überall in den Städten der DDR herumgekommen war, ohne irgendeine Begleitung oder Bewachung. Andere positive Dinge über die DDR, die ich ihm erzählte, wollte er nicht glauben. Welch eine mächtige Waffe ist doch die Propaganda!

Er wußte noch nicht, daß in seiner eigenen Stadt — Hamburg — ein Friedenskomitee war, obgleich er für atomare Abrüstung war, für totale Abrüstung und die Wiedervereinigung Deutschlands durch nur friedliche Mittel.

Als wir ihn fragten, warum er und die anderen nicht an ihrem eigenen Ostermarsch teilnahmen, sagte er, da der Marsch in Westdeutschland von Kommunisten organisiert sei, wollte die Gewerkschaft ihn nicht unterstützen. Ich wies ihn darauf hin, daß wir auf unserem Marsch viele kommunistische Fahnen hatten!

Die meisten Marschteilnehmer waren zur Nacht in Schulen untergebracht und schliefen auf dem Fußboden. Vielfach war das Schlafen beinahe unmöglich; die jungen Leute sangen, spielten Gitarre und kicherten, Kinder schrien, und andere diskutierten bis tief in die Nacht hinein. Daher entschied ich mich, jeden Abend nach London zurückzukehren, um in der Wohnung meiner Eltern in einem guten Bett zu schlafen, und schloß mich jeden Morgen dem Marsch wieder an.

Die jungen Deutschen wollten zu gern etwas von London sehen. Es schien nicht so, als ob sie viel zu sehen kriegen würden, denn sie mußten schon am Montag um 13.00 Uhr nach Dover zurückkehren, bevor der Marsch mitten in London ankam. Ich verzichtete am Sonntagabend auf eine Einladung zum Essen und begleitete vier junge Männer durch unsere Hauptstadt. Ich dachte, sie würden zu müde sein, noch in London herumzulaufen nach 15 Meilen Marsch an dem Tage, aber sie waren doch nicht müde; ich wohl, aber ich sagte es nicht!

Wir hatten eine wundervolle Versammlung auf dem Trafalgar-Platz am Montag. Beide Märsche vereinigten sich auf dem Parlament-Platz und gingen in doppelten Kolonnen die Whitehall-Straße herauf zum Trafalgar-Platz. Ein einzelner Schotte mit Rock und Dudelsackpfeife führte sie an und spielte langsame schottische Weisen. Das war

Fortsetzung von Seite 5

Prof. Wasili Leontief bot mit Hilfe von „Input-output“-Tabellen eine bis ins kleinste durchgeführte Analyse der Konsequenzen einer Einschränkung des Kriegsetats für Wirtschaftsgliederung, Produktion und Beschäftigung in den USA und zog dazu verschiedene hypothetische Alternativmodelle für die Gestaltung der Nachfrage in den Endprodukten heran. Ähnliche (wenn auch auf andere Methoden gestützte) Aufzählungen unterbreiteten auch andere Diskussionsteilnehmer. Sehr interessant waren in dieser Hinsicht das Referat von Prof. Koziolok, DDR, von Dozent Urban, Prag, und andere.

Außer dem erwähnten Referat Leontiefs sind wert, hervorgehoben zu werden, das Referat Prof. Timbergens über das Ausmaß der unbedingt notwendigen Hilfe für schwach entwickelte Länder, das Referat von Gerhard Colm über die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Entfaltung der USA, die Referate der Professoren Kaldor und Jackson über den Einfluß der Abrüstung auf die Wirtschaft Großbritanniens und von Prof. Kaldor über die Auswirkungen der Liquidierung des Rüstungsetats auf den Verlauf des Konjunkturzyklus. Mit einem Wort, ich müßte der Reihe nach alle Referate er-

wähnen, aber das würde zu viel Zeit und Platz in Anspruch nehmen.

Haben Sie irgendwelche interessante wissenschaftliche Kontakte mit Wirtschaftswissenschaftlern anderer Länder aufgenommen?

Gewiß, wenn mir auch ein erheblicher Teil der Konferenzteilnehmer nicht unbekannt war. Viele der Professoren, welche an der Konferenz teilnahmen, waren schon in Polen (Myrdal, Leontief, Jackson, Timbergen, ganz zu schweigen von den Wirtschaftswissenschaftlern der sozialistischen Länder), Prof. Kaldor wird binnen kurzem mit einigen Vorlesungen zu uns kommen. Die Teilnahme an der Konferenz war für mich eine große Freude und gab mir viel zu denken. Mir scheint, die Mitarbeit der Wirtschaftswissenschaftler kapitalistischer und sozialistischer Länder bei einer so edlen Sache wie der allgemeinen Abrüstung verdient nicht nur uneingeschränkte Förderung, sondern sie ist auch das beste Mittel zu gegenseitigem Verstehen in Fragen, denen gegenüber fortschrittliche Menschen einen einheitlichen Standpunkt vertreten.

Aus Zycie gospodarcze
Aus dem Poln. übersetzt von Barbara Türk

ein eindrucksvoller Anblick. Ich sang mit dem Chor zwischen den Ansprachen. Ich hatte Glück, daß ich so nahe an der Tribüne und den Rednern war; denn viele Leute, die nicht auf den überfüllten Platz gelangen konnten, waren nicht in der Lage, die Ansprachen zu hören.

Da waren viele Redner, aber keiner von ihnen sprach lange. Joan Littlewood, der berühmte Theaterregisseur vom „Theatre Workshop“, las ein „Internationales Manifest“ über die atomare Abrüstung. Dann sprach Dr. Jungk, der gerade von Japan zurückgekehrt war. Er brachte Grüße von den japanischen Friedensfreunden, warnte uns und sagte, daß im Falle eines nuklearen Krieges die Welt ein riesiges Siechenhaus würde. Andere Redner waren Bertrand Russell, der für den zivilen Ungehorsam eintritt, Ernie Roberts, der Führer der vereinigten Ingenieurgewerkschaft, Herr Schilling von der Metallarbeiter-Gewerkschaft in Westdeutschland, Dr. Donald Soper, ein Methodistenprediger, der Vorsitzender von der Christlich-Sozialistischen Bewegung ist, Frank Cousins, Führer der Transportarbeiter-Gewerk-

schaft, und Michael Foot, Abgeordneter der Labour-Partei, Mitglied des Parlaments, der ein wundervoller Redner ist. Viele junge Leute sprachen ein paar Worte, und wir erfuhren, daß 60% aller Marschteilnehmer unter 22 Jahre alt waren. Das gibt bestimmt den Menschen in diesem Lande viel zu denken, und hoffentlich auch dem Mr. Macmillan!

Am Schluß der Versammlung machte sich eine Gruppe von Marschteilnehmern fertig für einen noch viel längeren Marsch, und zwar 565 Meilen nach Holy Loch in Schottland, um gegen das amerikanische nukleare Unterseeboot „Polaris“, das dort stationiert ist, zu protestieren. Dieser Marsch wurde nicht organisiert vom CND (Campaign for Nuclear Disarmament = Kampagne für atomare Abrüstung), sondern von einer Gruppe, die genannt wird: „Das direkte Aktionskomitee gegen nuklearen Krieg“. Sie demonstrieren bei Raketenbasen usw. durch gewaltlosen, zivilen Ungehorsam (indem sie auf der Straße sitzen, versuchen, in verbotene Gebiete einzudringen und indem sie das „Polaris“-Unterseeboot von Paddelbooten aus betreten). Sie werden gewöhnlich

von der Polizei festgenommen, was viel Aufhebens verursacht, und das ist es gerade, was sie erreichen wollen. Es ist etwa so, wie es unsere Frauenrechtlerinnen machten, um das Stimmrecht für Frauen zu erlangen.

Noch eine Protestaktion gegen „Polaris“ fand statt bei der amerikanischen Botschaft auf dem Grosvenor-Platz in London. Diese wurde organisiert von noch einem anderen Komitee, das mit der CND nichts zu tun hat. Die Polizei sperrte einen Teil des Grosvenor-Platzes bei der Botschaft ab; also setzten sich die Demonstranten auf die Straße. Die beiden Führer wurden festgenommen, und viele andere auch, als sie vor dem Polizeigebäude gegen die Festnahme protestierten.

Radio, Fernsehen und Presse sorgten tüchtig dafür, daß der Marsch überall bekannt wurde. Es war klar ersichtlich, daß der Marsch als wichtiger Beitrag zum politischen Leben der Nation anerkannt wurde.

Mit diesem Marsch haben die Friedensfreunde ihre Stärke gezeigt. Ihre dringende Aufgabe ist es, diese Stärke zu gebrauchen, um ein atomfreies Europa zu schaffen.

Diana Purcell

Gewaltloser Widerstand gegen Atomrüstung

Vor kurzem gelang der „Bewegung für zivilen Ungehorsam“, die sich gegen die Atomrüstung in Großbritannien einsetzt, in London ein weiterer Fortschritt.

Das „Komitee der 100“ organisierte eine Demonstration, die wie ein militärischer Feldzug geplant war. Es war vereinbart, daß sich die Demonstranten als vorsätzliche Gesetzesübertreter vor das Parlamentsgebäude setzen sollten, nachdem sie vom Trafalgar Square über Whitehall zum Parliament Square marschiert waren. Sie bekamen Anordnung, weder auf Provokationen einzugehen, noch den von der Polizei angekündigten Verhaftungen Widerstand

entgegenzusetzen. Es war vereinbart, kein Geld mitzunehmen, mit dem sie die Geldstrafe bezahlen könnten, die anstelle einer Gefängnisstrafe verhängt würde. Die Demonstranten wurden von der Polizei gewarnt, der Sitzstreik auf dem Parliament Square sei eine Gesetzesübertretung, und die Teilnehmer würden verhaftet werden. Man ignorierte diese Warnung. In der vollen Kenntnis, daß sie höchstwahrscheinlich verurteilt werden, marschierten über 2000 Menschen durch Whitehall. Als sie den Parliament Square erreichten, hinderte sie die größte Polizeiarmee, die London je aufgeboten hat, am Betreten des Platzes. Die Füh-

rer der Demonstration ordneten einen Sitzstreik an. Alle Zeitungs-, Foto- und Rundfunkreporter Londons schienen dabeizusein. Durch die Fernsehreporter und Interviewer schwoll die Menge immer mehr an, so daß der Verkehr in Richtung Whitehall nun vollständig blockiert war.

Jetzt trat die Polizei in Aktion. Ohne Unterschiede zu machen, drang sie in die Menge ein und begann, die Demonstranten in die Polizeiwagen zu schleppen. Die Demonstranten hielten sich an ihre Anordnungen, niemand leistete Widerstand, und jeder der 827, die schließlich verhaftet wurden, mußte in die Wagen getragen werden. Die Polizei hatte offensichtlich Befehl bekommen, keine Gewalt anzuwenden. In dieser ganzen phantastischen Szene wurde niemand verletzt.

In der Öffentlichkeit hat dieser Sitzstreik riesiges Aufsehen erregt. Von Presse, Rundfunk und Fernsehen hochgespielt, gab er der Öffentlichkeit Gesprächsstoff wie nie zuvor etwas. Interessant war die verhältnismäßig freundliche Reaktion der Presse. Sogar die rechtsorientierte „Daily Mail“ mußte zugeben, daß diese Menschen aufrichtig sind und daß die Antiatomkampagne die größte Bewegung seit dem Kriegsende sei.

Viele der führenden Persönlichkeiten unter den Demonstranten, wie Rev. Michael Scott, Arnold Wesker, Shiela Delagny und viele andere, weigerten sich, die Geldstrafe zu bezahlen und zogen es vor, ins Gefängnis zu gehen. Bis jetzt wurden solche Urteile noch nicht vollstreckt, weil nach dem britischen Gesetz eine bestimmte Frist gesetzt ist, die Geldstrafe zu bezahlen, bevor man in Haft genommen wird. Wenn aber die Mehrheit der 827 sich für das Gefängnis entscheidet und

Fortsetzung auf Seite 8 unten



Demonstration der englischen Atomrüstungsgegner auf dem Parliament Square in London (vgl. nebenstehenden Bericht).

Was plant die NATO?

Unsere Wachsamkeit muß verdoppelt werden!

Der nachstehend abgedruckte Aufsatz eines militärischen Fachmannes enthält eine Darstellung und Kritik der gegenwärtigen Militärpolitik der USA und der NATO, die weitgehend von Professor Kissinger inspiriert ist. Der „Kongreßdienst“ hat in der letzten Nummer schon eingehend über diese Fragen berichtet. (Vergl. „Rückzug von der Atombombenstrategie?“ von Raymond Fletcher.) Unsere Leser werden bemerken, daß in beiden Aufsätzen z. T. durchaus verschiedene Gesichtspunkte betont werden. Wir würden es begrüßen, wenn unsere Leser dies als Anregung zu einer Diskussion auffaßten. D. Red.

Seit einigen Wochen mehren sich die Meldungen und Anzeichen, daß die USA ihre bisherige Strategie überprüfen und zu neuen Erkenntnissen gekommen seien.

Um es gleich vorweg zu sagen: diese neuen Erkenntnisse zielen nicht etwa auf Abrüstung, Einstellung der Kernwaffenversuche und friedliche Koexistenz, sondern nach wie vor wird kein anderes Programm vertreten als die alte „Politik der Stärke“.

Bisher stand in der strategischen Position als Nummer 1 der große Krieg mit Kernwaffen aller Kaliber auf der Tagesordnung. Von der politischen Seite her wurde diese Strategie durch Militärbündnisse gesichert in Form der NATO, SEATO, ANZUS, CENTO und anderer Abkommen. Ferner wurden für die operative Ausnutzung, besonders als Absprungbasis für Atombomber, rund 1000 Stützpunkte in aller Welt geschaffen und unter diesen besonders die Bundesrepublik als vorgeschobener Stützpunkt in Europa stark ausgebaut. Die strategische Konzeption, die operativen Führungsgrundsätze und die taktischen Einsatzformen

Fortsetzung von Seite 7

wenn die nächste Ungehorsams-Aktion die Polizei zwingt, weitere 800 oder vielleicht 8000 festzunehmen — was dann? Unsere Gefängnisse sind schon überfüllt. Die Polizei kann nicht länger fortfahren, Leute zu verhaften. Weil die politische Situation gefährlicher wird, werden viele Tausende vorbereitet sein, dem Gesetz zu trotzen, um Großbritannien vor der Vernichtung zu bewahren.

Es ist ganz klar: Demonstrationen dieser Art allein werden die Regierung nicht zwingen, ihre gegenwärtige unheilvolle Politik zu ändern. Es ist mehr denn je notwendig, die Gewerkschaften und die Arbeiterbewegung zu gewinnen, daß sie jene Resolutionen in konkrete Aktionen umsetzen, die sie schon beschlossen haben. Für die schottischen Arbeiter ist es z. B. noch notwendig, daß sie während ihrer Tätigkeit in der Industrie erfahren, daß die Gewerkschaften und die Arbeiterbewegung wirklich fest entschlossen sind, wenn sie erklären, daß der Polaris-Stützpunkt in Holy Loch verschwinden muß. Auf jeden Fall aber bewirken die Demonstrationen, daß die Arbeiterbewegung mitgerissen wird, sie helfen, die verstreuten Friedenskräfte in Großbritannien zu vereinen und sind daher der Regierung sehr unangenehm.

Der Kampf geht weiter!

wurden begrifflich in der sogenannten „Schwert- und Schildtheorie“ zusammengefaßt, wobei das „Schwert“ von den amerikanischen strategischen Luftwaffenverbänden mit Atombomben sowie Raketen mit Atomsprengköpfen geführt, der „Schild“ hingegen aus den Streitkräften verschiedenster Länder im Erdsatz mit der sogenannten „Strategie nach vorn“ gebildet werden sollte.

Nun sind aber, auf Grund der Erfolge der Sowjetunion auf dem Gebiet der Weltraumforschung mit Hilfe ihrer ungeheuren Schubkräfte für Raketen, die führenden Strategen der amerikanischen Militärpolitik dahintergekommen, daß der Krieg mit dem „großen Knüppel“ der Kernwaffen sehr viele Risiken in sich birgt und besonders die Frage des Überlebens der Amerikaner auf ihrem Kontinent auflodert.

Um also aus der Sackgasse des unbegrenzten Atomkrieges als ultima ratio herauszukommen, wird jetzt die strategische Planung der NATO im Pentagon und besonders von Henry Kissinger, Professor an der Harvard-Universität und seit kurzem Sonderberater des amerikanischen Präsidenten Kennedy für strategische Fragen, überprüft. Danach soll die militärpolitische Planung so abgeändert werden, daß sie den Möglichkeiten eines konventionellen Krieges ebenso Rechnung trägt wie den eines Atomkrieges.

Daraus wird nun bisweilen fälschlich gefolgert, daß Kissinger seine bisherige Theorie vom „begrenzten Krieg“ aufgegeben habe. Das genaue Gegenteil ist der Fall. In seinem neuesten Buch „The Necessity for Choice“ (der Titel der deutschen Übersetzung lautet „Die Entscheidung drängt“) betont Kissinger ausdrücklich auch weiterhin die Notwendigkeit begrenzter Kriege. Aber der Verfasser will sein bisheriges Programm erweitern, indem er den Krieg nicht nur „lokal“, sondern durch starke konventionelle Truppen nun auch „waffenmäßig“ begrenzen möchte. Die Schwelle für den Einsatz atomarer Waffen soll heraufgesetzt und der Krieg zunächst nur mit konventionellen Waffen geführt werden. Erst der Fortgang des Krieges entscheidet nach Kissinger über den Einsatz atomarer Waffen. Hieran wird schon die ganze Fragwürdigkeit seiner Theorie deutlich. Denn einmal läßt sich ein begrenzter konventioneller Krieg nicht einseitig führen, da ja die andere Seite sich dieser Regel anschließen müßte, zum anderen ist der atomare Einsatz unausbleiblich, sobald Rückschläge auf der konventionellen Ebene eintreten sollten. Die angeblich neuen Erkenntnisse

der amerikanischen Strategen dienen also nur dazu, den Gutgläubigen und Unwissenden auf diesem Gebiet Sand in die Augen zu streuen und die verstärkten Rüstungsanstrengungen, wenn auch noch so einfältig, den Völkern gegenüber zu begründen. Es ist also zu beachten, daß die geforderte Vermehrung der konventionellen Truppen eine zusätzliche verstärkte Aufrüstung bedeutet und keinen Ersatz für atomare Waffen bilden soll. Wie Kissinger auf einer Pressekonferenz am 12. Mai in Bonn erklärte, wird die nukleare Aufrüstung genauso intensiv weiter betrieben wie bisher.

Von größter Wichtigkeit ist aber, daß Kissinger für eine Unterstellung von Teilen amerikanischer Atomverbände unter die Befehlsgewalt der NATO plädiert. „Die NATO hätte dann auch formell das zur Verfügung, was wir ihr sowieso an Hilfe angeeignet lassen müßten“, schreibt er in seinem Buch. Fünf Polaris-U-Boote sind der NATO auch schon entsprechend zugesagt. Damit wäre der Norstad-Plan, die NATO zur 4. Atommacht zu machen, in neuer Form realisiert. Wobei man nicht vergessen darf — wenn man von Atommächten spricht —, daß nicht nur die USA und die SU damit gemeint sind, sondern England und Frankreich ja ebenfalls schon im Besitz von Atomwaffen sind. Westeuropa ist also auf dem besten Wege, ein einziges Atomwaffenarsenal zu werden, in welchem es nicht nur atomar bewaffnete NATO-Streitkräfte unter Mitspracherecht der westeuropäischen Alliierten geben wird, sondern in dem auch nationale Atomtruppen, außerhalb jeder übergeordneten Kontrolle, und zusätzlich amerikanische gesamtstrategische Atomverbände, ausschließlich unter amerikanischem Befehl, bereits vorhanden sind.

Wie gefährlich die Aufstellung nationaler Atomstreitkräfte ist, beweisen die laufenden Atomteste Frankreichs, die es ohne Rücksicht auf die internationale Abmachung über Einstellung aller Atomversuchsexplosionen selbstständig in der Sahara durchführt und damit sich und dem Westen Vorteile verschafft, die die Sowjetunion nicht länger tatenlos hinzunehmen gewillt ist. Der Fortgang der Genfer Konferenz zur Einstellung der Atomversuchsexplosionen ist dadurch ernstlich in Frage gestellt.

Während sonst immer von Seiten der NATO behauptet wird, der Nordatlantikkpakt sei ein festgefügtter Block und niemand der Bündnispartner könnte selbstständig militärisch handeln, reiben sich jetzt die Vertreter der USA und Englands vergnügt die Hände und behaupten, das wäre eine Angelegenheit, die Frankreich allein angehe. Besorgt müssen wir demnach die Möglichkeit in Rechnung setzen, daß dann auch ein NATO-Partner allein, unter wohlwollender Duldung der anderen Verbündeten, einen Krieg gegen einen östlichen Nachbarstaat oder die DDR entfesseln kann, um alle in einen mörderischen

Atomkrieg zu zerren. Selbst Kissinger kalkuliert diese Möglichkeit ein, indem er schreibt: „Wenn sie ihre Reserven zusammenwerfen, werden die europäischen Mächte unter Einschluß Großbritannien genug Kraft verfügen, eine wirkungsvolle Atommacht zu schaffen. Natürlich könnte Europa allein, selbst wenn es als erster losschlägt, noch keinen totalen Krieg gegen die Sowjetunion gewinnen ...“

Die Frage eines Atomkrieges steht also ernster und drohender denn je vor uns, wenn man sieht, wie hier ein mehr als unverantwortliches Spiel mit dem Feuer getrieben wird.

Untersuchen wir nun weiter, was bei der neuen USA-Planung für die Bundesrepublik herauskommt. Bezüglich der nuklearen Aufrüstung erklärte der Bundeskanzler am 21. April im Bundestag nach seiner Rückkehr aus Washington, „es bestehe keine Meinungsverschiedenheit zwischen den Alliierten darüber, alle konventionellen und nuklearen Waffen beizubehalten und zu entwickeln“. Am selben Tag erklärte Minister Strauß, nach den Besprechungen zwischen Adenauer und Kennedy habe sich an den Plänen zur Ausrüstung der Bundeswehr mit Atom- und Raketenwaffen nichts geändert, und er fügte

ausdrücklich hinzu, daß die Bundesrepublik neue starke Raketen des Moders „Pershing“ erhalten werde.

Die sogenannten „Mehrzweckbrigaden“ besitzen bereits genügend Atomwaffen, allerdings zur Zeit noch ohne atomare Munition. Die dazugehörigen Atomsprengköpfe wird die Bundeswehr aber jederzeit über die NATO erhalten. Denn Raketen, die Millionenwerte repräsentieren, mit konventionellem statt atomarem Sprengkopf zu verschießen, wäre wohl sinnwidrig. Den Beweis dafür erbrachten die Manöver „Winterschild“, „Hold fast“ u. a., in denen stets die Verwendung von Atombomben, Kernmunition tragender Torpedos, Atomminen und bordgestützter Raketen angenommen wurde.

Und was die Verstärkung der konventionellen Streitkräfte betrifft, so ergibt sich aus dem Aufbau des Offizier- und Unteroffizierkorps der Bundeswehr, daß es jederzeit einen zehnmal größeren Mannschaftsbestand befehligen kann, als die für den 31. 12. 1961 zugrunde gelegte Stärke von 347 000 Soldaten ausmacht. Denn nach dem Einzelplan 1961 gibt es 25 311 Offiziere aller Dienstgrade und 108 733 Feldweibel und Unteroffiziere. Zieht man diese Zahlen der Vorgesetzten von der Gesamtzahl 347 000 ab, so bleiben rund 213 000

Mannschaften, d. h. auf 1½ Soldaten kommt somit ein Vorgesetzter oder, aufgeteilt, auf 10–11 Soldaten 1 Offizier und auf rund 2 Soldaten ein Unteroffizier. Der Mannschaftsbestand kann also je nach Vorhaben sofort und ohne Schwierigkeiten erheblich vergrößert werden. Laut „Daily Mail“ werden denn auch sehr bald 43 % der Bodentruppen, 33 % der Luftwaffe, 100 % der Marine-Luftwaffe und 80 % der Kriegsmarine der NATO auf die Bundesrepublik entfallen.

Wenn auch auf der letzten NATO-Tagung Anfang Mai in Oslo noch keine endgültigen Resultate erzielt wurden, so haben doch die am Wettrüsten interessierten Kreise den Boden für die vorstehend geschilderte Planung geebnet. Die Kriegsvorbereitungen und das Kernwettrüsten sollen weitergehen. Der Bürger der Bundesrepublik hat es nun selbst in der Hand, ob diese gefährliche Entwicklung weitergehen soll. Denn er bezahlt sie jetzt mit seinem Geld und später mit seinem Leben. Er hat im September die Wahl, einen Abgeordneten der Partei der Atomstrategen und damit den Atomkrieg, d. h. ein hundertfaches Hiroshima, zu wählen oder sich für einen Abgeordneten zu entscheiden, der dieser unheilvollen Entwicklung als konsequenter Atomwaffengegner Einhalt gebietet.

Franziskus M. Stratmann, OP

Ist der Atomkrieg grundsätzlich erlaubt?

Die Frage, ob ein Atomkrieg im Sinne der katholischen Naturrechtslehre „gerecht“ sein kann, ist außerordentlich umstritten. Pater Franziskus M. Stratmann OP hat in einem Rundfunkvortrag die Ansicht vertreten, ein Atomkrieg sei selbst als Verteidigungskrieg auf jeden Fall ungerecht im Sinne der katholischen Lehre. Nachstehend drucken wir wesentliche Auszüge aus diesem Vortrag ab, den Pater Stratmann am 3. Februar 1961 gehalten hat.

D. Red.

„Seit Jahrhunderten gilt im Völkerrecht und in der christlichen Morallehre als Krieg: die militärische Bekämpfung zwar ganzer Staaten, aber nur durch deren legale Heere mit Waffen, die diese gegeneinander führen. Es versteht sich, daß immer schon in jedem Krieg auch die unbewaffnete Zivilbevölkerung durch die Kampfhandlungen schwer betroffen wurde. Aber bis zum ersten Weltkrieg war es Grundsatz auch der Heeresleitungen, das wehrlose Volk nicht direkt — nicht ebenso wie die kämpfenden Soldaten — den tödlichen Kampfmitteln auszusetzen. Dies nun tut bewußt der moderne Krieg ...“

Diese neue Kriegsführung ist die Folge einer typisch militaristischen Entwicklung. Militarismus ist etwas anderes als Militär ... Militarismus ist die Überordnung des militärischen Denkens über das zivile, auch über die Normen des zivilen Rechtes, des Völkerrechtes und der Menschenrechte, auch über die Normen der religiösen Moral ... Nun sind Rechtsbestimmungen wandelbar ... Nicht wandelbar aber sind die ewigen Gesetze der Moral, deren eines, und nicht das geringste, die Vernichtung unschuldigen Lebens verbietet. Unschuldiger ist in diesem Zusammenhang jeder Nichtkämpfer. Das wurde in den Kriegsgesetzen der vormilitaristischen Zeit grundsätzlich anerkannt. Der atomare Totalkrieg kann

und will diese Schranke nicht einhalten. Er tötet sogar weit mehr Nichtkämpfer als Kämpfer. Die Zerstörung, die er anrichtet, entzieht sich sogar seiner eigenen Kontrolle, sie ist in ihren Auswirkungen unbegrenzt (örtlich, da die radioaktive Strahlungskraft die ganze Erdoberfläche erreicht, also natürlich auch die neutralen Länder, zeitlich, da die verseuchende Strahlung auch in die kommenden Geschlechter eindringt und schwerste Erbschäden bewirkt).

Hier nun gilt das Urteil Pius' XII.: „Wenn die Indienststellung dieses Mittels eine solche Ausdehnung des Übels mit sich bringt, daß es sich der Kontrolle des Menschen völlig entzieht, muß seine Anwendung als unsittlich verworfen werden.“

Mit unsittlichen Mitteln darf man sich auch nicht verteidigen. Aber wenn nun der Gegner diese Mittel anwendet oder anzuwenden entschlossen ist ... ? Zur Verteidigung ist zunächst zu sagen, daß sie sinnvoll nur dann ist, wenn die aus ihr erwachsenden Schäden nicht größer sind als der Nutzen, den der Verteidiger erwarten kann. Der Sinn jeder Verteidigung ist doch der eigene Schutz; die Verteidigung wird sinnlos, wenn dieser Schutz unmöglich wird ... Ausschlaggebend aber ist, daß unsittliche Mittel in noch so guter Absicht und für einen noch so guten Zweck

nicht gebraucht werden dürfen. Jeder konsequent ethisch denkende Mensch muß die Sätze unterschreiben, die in der Moraltheorie von Bernhard Häring stehen: **„Auch der Defensivkrieg ist sittlich nicht zu rechtfertigen, wenn man von vornherein sehen muß, daß die Übel des Krieges zweifellos schlimmer sein würden als das Übel, das das Volk bei eigener Gewaltlosigkeit vom Feinde erleiden würde. In sich schlechte Mittel dürfen auch dann nicht angewandt werden, wenn sie allein zum Siege führen.“**

Aber wird dann das Unrecht nicht triumphieren? Das Unrecht triumphiert, wenn es verdoppelt wird, wenn Angreifer und Verteidiger unmoralische Mittel anwenden. Es wird vermindert, wenn der freventlich Angegriffene das Unrecht edel erleidet. Nachmals Pius XII.: **„Wenn die durch den Krieg verursachten Schäden mit denen des erduldeten Unrechts nicht zu vergleichen sind, kann die Pflicht bestehen, das Unrecht zu ertragen.“**

„Unrecht ertragen!“ Hier klingt zum ersten Mal, wie aus weiter Ferne, ein Ton aus dem Evangelium an. Christen mögen sich schon lange gewundert haben, daß in den Lehrbüchern über den Krieg, auch in den moraltheologischen Büchern, die Frage stets nur vom Standpunkt des Naturrechtes behandelt wird, während Argumente aus dem Evangelium einfach fehlen. „Unrecht hinnehmen“ ist ein Begriff, der im Naturrecht nichts zu suchen hat.

Aber ist „Unrecht hinnehmen“ zumutbar? Es wäre unzumutbar, wenn man das Unrecht einfach gewähren ließe, ohne jede Gegenwehr. Widerstand,

Fortsetzung auf Seite 10 unten

Norweger fordern „Heraus aus der NATO!“

Große Ereignisse erwarteten die kleine westdeutsche Besuchergruppe in Oslo.

Anläßlich der NATO-Tagung in Oslo vom 8.—10. Mai veranstalteten norwegische Friedensfreunde zahlreiche Konferenzen, Demonstrationen, Unterschriftensammlungen und Kundgebungen.

Prof. Linus Pauling hatte angeregt, in Oslo eine Konferenz von Physikern und Atomwissenschaftlern durchzuführen, die sich mit den neuesten Ereignissen und Erkenntnissen beschäftigen sollte. Diese Konferenz fiel außerdem genau in die Zeithälfte zwischen der letzten und der nächsten Pugwash-Konferenz.

Über die Ergebnisse der Tagung unter dem Vorsitz von Prof. Pauling berichtet der „Kongreßdienst“ an anderer Stelle.

Zum Abschluß sprachen auf einer Kundgebung in der Aula der Universität Oslo Frau Ava Helen Pauling, Prof. Linus Pauling, Prof. Arno Naess und Prof. Hans Vogt.

Über die dort gemachten Ausführungen berichten wir an anderer Stelle.

Unterstützt und organisiert wurde die Konferenz durch das „Komitee der 13“,

ein Zusammenschluß von bekannten Gegnern der Atomrüstung in Norwegen.

Dieses „Komitee der 13“ hat in ganz Norwegen eine Unterschriftensammlung in Listen organisiert, die folgende drei Probleme anspricht:

1. Norwegen soll von seinem Standpunkt „Keine Atomwaffen in Norwegen“ nicht abgehen.

2. Norwegen soll in der NATO, in der UNO und anderen internationalen Organisationen seinen ganzen Einfluß geltend machen, daß ein Abkommen über die Einstellung der Kernwaffenversuche schnellstens erreicht wird.

Im Zusammenhang damit soll Norwegen den Haager Gerichtshof anrufen, um eine moralische Verurteilung der Versuche zu erreichen.

3. Norwegen soll dafür eintreten, daß keine weitere Ausbreitung der Kernwaffen erfolgt.

Für diese Forderungen hatten sich bis zum Beginn der NATO-Konferenz bereits 175 000 Norweger durch ihre Unterschrift eingesetzt.

Eine einflußreiche Gruppe von Industriellen hatte in einem Aufruf gefordert, daß Norwegen eine atomare Bewaffnung bekommt bzw. daß in Norwegen Atomwaffen durch die NATO gelagert werden können. Die öffentliche Meinung war empört und hat diese Forderung energisch zurückgewiesen.

Nun hatten die Befürworter der Atomrüstung sich anläßlich der NATO-Konferenz etwas Geschickteres ausgedacht. Obwohl die Regierung es stets seit 1946 abgelehnt hatte, den Tag der Befreiung — den 8. Mai — zu feiern, besann sie sich plötzlich auf diesen Tag und veranstaltete eine Kundgebung mit dem Ministerpräsidenten, um anknüpfend an den Widerstandskampf gegen die deutschen Okkupanten für NATO und Schutz der „Freiheit“ auf-

zurufen. Auch hier wird also wie in der Bundesrepublik versucht, den antifaschistischen Kampf in einen handfesten militanten Antikommunismus umzubiegen.

Es gibt auch in Norwegen viele Menschen, die diesen Trick nicht durchschauen. So war es kein Wunder, daß viele Tausende dem Herrn Gerhardsen zuhörten, in der Meinung, hier würde der Widerstandskämpfer gegen Faschismus und Krieg gedacht. Es fiel nicht jedem auf, daß die „Befreiungskundgebung“ dazu dienen sollte, den Pakt mit einigen Mitschuldigen an dem Überfall auf Norwegen zu verschleiern.

Aber es gab auch viele, die das durchschauten, so daß eine Gegenkundgebung auf dem Marktplatz von Oslo ebenfalls gut besucht war. Auf dieser Kundgebung sprachen wirkliche Widerstandskämpfer, die verstanden haben, daß antifaschistischer Widerstand heute gegen Atomwaffen und Beteiligung Norwegens an der NATO geleistet werden muß. Alle Sprecher warnten vor der drohenden Atomrüstung in der Bundesrepublik. Ein Vertreter aus Westdeutschland überbrachte die Grüße der westdeutschen Kämpfer gegen den Atomkrieg. (An anderer Stelle abgedruckt.) Nachdem in Oslo vorher schon eine große Fackeldemonstration stattgefunden hatte, war diese Kundgebung ein großes Ereignis.

Auch die Studentenschaft in Oslo bewies, daß sie die Interessen ihrer Nation richtig verstanden hat. Sie demonstrierte an der Auffahrt zum Parlament gegenüber den Teilnehmern an der NATO-Tagung mit dem Spruch: „Heraus aus der NATO.“ Da Spruchbänder nicht genehmigt wurden, malten sie die Buchstaben einfach auf das Hemd.

Norwegen bot in diesen Tagen ein ermutigendes Bild der Stärke der friedliebenden Menschen.

Fortsetzung von Seite 9

Kampf gegen das Böse mit allen erlaubten Mitteln ist Pflicht, aber die echte Gegenwehr gegen das Böse ist das Gute, das überragend Gute, wie es sich z. B. zeigen würde, wenn dem Antichristentum ein echtes (nicht bloß konventionelles) Christentum entgegenträte ...

Wir in Deutschland, in unserer noch jungen Demokratie, sind vielleicht noch zu sehr geneigt, die Gestaltung der Dinge der militärischen und politischen Obrigkeit zu überlassen. In anderen Ländern wendet man sich ungehemmter gegen die unseligen atomaren Kampfmittel. Nachdem z. B. schon 1950 die Gesamtheit der französischen Kardinäle und Erzbischöfe die Verwendung aller modernen Waffen, die ohne Unterschied Kämpfer und Zivilbevölkerung treffen, mit allem Nachdruck verurteilt hat, hat vor einiger Zeit der Sekretär der französischen Bischofskonferenz, Erzbischof Guerry, den Aufruf des französischen Bundes gegen Atomrüstung unterzeichnet, auch, wie er sagt, um Westdeutschland ein Beispiel zu geben. Der weltbekannte New Yorker Weihbischof Fulton Sheen, der im Fernsehen regelmäßig zu Millionen seiner Landsleute spricht, hat erklärt, der Atomkrieg könne kein gerechter Krieg sein, und der Christ habe die Pflicht, auf dies sein Selbstverteidigungsrecht zu verzichten.

Ich fasse zusammen: Mit Kardinal Ottaviani bin ich der Meinung, daß der atomare Krieg die seit Jahrhunderten geltenden Bedingungen für einen gerechten Krieg nicht mehr erfüllen kann; daß er ... wie Cordovani, der Magister Sacri Palatii, im Osservatore Romano erklärte, ‚Mord an Unschuldigen und Verbrechen an der Menschheit‘, sei.“

Aus „Der Christ in der Welt“, 1961, Heft 2, S. 52—55

„Auch bei uns ist der Widerstand größer geworden“

Ansprache

von A. P. Eckell-Jehsen auf der Protestkundgebung in Oslo

Liebe norwegische Friedensfreunde!

Wir freuen uns, Ihnen die Grüße der Friedensfreunde und Atomrüstungsgegner der Bundesrepublik Deutschland gerade am heutigen Tage überbringen zu können.

Genau so, wie Sie heute gegen die Gefahren eines drohenden Atomkrieges demonstrieren, treten auch in Westdeutschland zahlreiche Organisationen und Persönlichkeiten aus dem geistigen Leben und auch aus der Arbeiterschaft gegen dieselben Gefahren auf. Es ist natürlich kein Zufall, daß man im europäischen Raum wenig oder nichts von den Bestrebungen der Friedenskräfte in Deutschland erfährt, weil natürlich die offizielle Politik bei uns und in den anderen Ländern glauben machen will, daß es keine bedeutende Opposition gegen die Wiederbewaffnung sogar mit Atomwaffen gibt. Genau wie hier in

Norwegen die Bewegung gegen den Atomkrieg in der letzten Zeit angewachsen ist, ist auch bei uns der Widerstand größer geworden. Dabei wird der Kampf gegen die Atomrüstung auch immer mehr zu einem Kampf um die demokratische Meinungsfreiheit. Wir freuen uns sehr, daß Sie erreicht haben, daß Norwegen vorläufig auf eine Atomrüstung oder Lagerung von Atomwaffen verzichtet. Wir sind davon überzeugt, daß es den Atomwaffengegnern in aller Welt gemeinsam gelingt, die Atombewaffnung weiterer Staaten, darunter auch der Bundesrepublik Deutschland, zu verhindern und damit die Gefahren eines weltweiten Atomkrieges zu verkleinern.

Wir wünschen Ihnen bei Ihrem Bemühen um den Frieden weiterhin vollen Erfolg.

Gegen die weitere Verbreitung der Atomwaffen!

Der Wortlaut der Rede von Prof. Linus Pauling auf der Kundgebung der Konferenz der Wissenschaftler in Oslo

Auch ich freue mich sehr, daß ich heute hier in Oslo bin. Ich hatte den Vorzug, schon zweimal in der Osloer Universität über Fragen des Friedens sprechen zu dürfen, und ich danke dem Rektor und dem collegium academicum, daß sie uns die Möglichkeit gegeben haben, in der schönen Aula der Universität die Abschlußkundgebung der Konferenz gegen die weitere Ausbreitung der Kernwaffen abzuhalten. Ich möchte die öffentliche Erklärung verlesen, die die Konferenz, die hier während der letzten fünf Tage stattfand, ausgearbeitet hat.

Aber bevor ich dazu komme, die Erklärung zu verlesen, möchte ich Ihnen einen Bericht über die Konferenz geben. Die Konferenz geht auf einen Entschluß zurück, den meine Frau und ich vor vier Monaten gefaßt haben. Um die Jahreswende entschlossen wir uns um unseres eigenen guten Gewissens willen, auch weiterhin Aktionen aufzunehmen, die wir als einzelne ins Werk setzen können, um damit dem Zustandekommen eines dauernden und echten Weltfriedens zu dienen. Die Erfahrung, die wir drei Jahre zuvor mit der Petition der Wissenschaftler an die Vereinten Nationen gesammelt hatten, in der ein internationales Abkommen über die Einstellung aller Kernwaffenversuche gefordert wurde, lehrte uns, daß solche Petitionen von Wert sind. Wir entschlossen uns, eine neue Petition zu schreiben, einen Appell, die weitere Verbreitung der Kernwaffen zu verhindern. Wir schrieben diese Petition und sandten sie zahlreichen Persönlichkeiten in vielen Ländern der Welt zu, die wir kannten. Die Zahl der Unterschriften unter diese Petition, die wir am 16. Februar den Vereinten Nationen unterbreiteten, nähert sich jetzt der Zahl 100 000. Am 20. April waren wir auf dem Wege hierher. Aus diesem Grunde haben wir bisher Zehntausende von Unterschriften, die wir erhalten haben, den Vereinten Nationen noch nicht vorlegen können. Ich möchte diese Petition jetzt nicht vorlesen, da sie sich in vielen Punkten mit der Erklärung überschneidet, die die Konferenz gegen die weitere Verbreitung der Kernwaffen ausgearbeitet hat.

Beim Schreiben dieses Appells wurde es uns klar, daß es im Bereiche des Friedens, der Abrüstung und der weiteren Verbreitung der Kernwaffen zahlreiche Fragen gab, auf die wir keine Antwort wußten. Unsere Erfahrung aus den Pugwash-Konferenzen hatte uns den großen Wert derartiger Zusammenkünfte enthüllt, wo Wissenschaftler und Fachleute aus vielen Ländern sich treffen, um zusammen einige Gesichtspunkte dieses größten Weltproblems zu untersuchen und zu analysieren. Daher entschlossen wir uns, eine Einladung zu einer solchen Konferenz hinausgehen zu lassen, damit diese Probleme und insbesondere die Bedeutung der möglichen weiteren Verbreitung der Kernwaffen untersucht würden. Das ist jetzt ungefähr drei Monate her. Wir erhielten sofort die

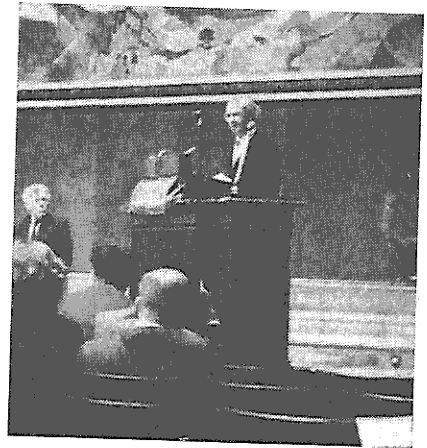
Unterstützung von 25 prominenten Persönlichkeiten aus 15 Ländern. Wir hatten uns an 34 Persönlichkeiten gewandt, und 25 von ihnen erklärten sich bereit, uns als Förderer zu unterstützen. Ich freue mich besonders darüber, daß Professor Hygen und Professor Naess von der Universität Oslo unter ihnen sind. Zu den Förderern gehören, worüber wir glücklich sind, drei Träger des Friedensnobelpreises, Albert Schweitzer, Lord Boyd Orr und Philip Noel-Baker. Ich möchte diese Aufzählung nicht fortsetzen; erwähnen möchte ich aber doch noch Gunnar Myrdal, Schweden, François Mauriac, Frankreich, Karl Barth, Schweiz, Hideki Yukawa, Japan, und Professor Semjonow, Sowjetunion.

Es entstand die Frage, wo die Konferenz am besten stattfinden sollte. Es war uns klar, daß wir die Konferenz kaum in den Vereinigten Staaten abhalten konnten, auch nicht in New York, wo die Vereinten Nationen ihren Sitz haben, und ebensowenig kam die Sowjetunion in Frage. Es lag nahe, nach Genf zu gehen. Aber es schien uns dann doch, daß Genf mehr eine Stadt der Verhandlungen zwischen Nationen sei als ein Platz für eine Konferenz wie die unsere, obwohl natürlich einige Friedensorganisationen ihren zentralen Sitz in Genf haben, wie z. B. die „Internationale Frauengliga für Frieden und Freiheit“. Oslo hat weltweite Bedeutung als die Stadt des Weltfriedens, insbesondere da hier seit 1901 das norwegische Nobel-Komitee und seit 1905 das norwegische Nobel-Institut bestehen. Ich glaube, daß das die richtige Entscheidung war, und ich werde weiter Oslo als die Stadt des Friedens und Norwegen und das norwegische Volk als Freunde des Weltfriedens ansehen.

Sie können sich denken, daß mit der Leitung einer Konferenz einige Probleme verbunden sind. Meine Frau und ich hatten noch nie zuvor eine Konferenz einberufen. Wir wußten, daß wir Hilfe brauchen würden. Wir wandten uns an unseren Freund Professor Otto Bastiansen von der norwegischen Technischen Hochschule in Drontheim mit der Bitte um Hilfe. Ihm, der heute in Oregon an der Küste des Pazifik weilt und leider nicht hier sein kann, und unseren anderen norwegischen Helfern sind wir sehr dankbar. Ohne sie hätten wir diese Konferenz nicht zustande gebracht.

Was die Zeit für dieses Treffen betrifft, so hielten wir es für das günstigste, sie genau in der Mitte zwischen der 6. Pugwash-Konferenz in Moskau, die im Dezember 1960 stattfand, und der siebenten, die im September 1961 in den Vereinigten Staaten zusammenkommen wird, stattfinden zu lassen. Das wäre Mitte April gewesen; aber dieser Termin mußte aus praktischen Gründen auf die erste Woche im Mai verschoben werden. Wir halten diese Konferenz für eine Ergänzung der Pugwash-Konferenzen, und ich glaube kaum, daß man den Wert dieser Konferenzen zu hoch einschätzen kann.

Nun noch ein Wort über die Kosten. Ein großer Teil der Kosten ist von den Teilnehmern selbst getragen worden. Außerdem hatten meine Frau und ich einige unserer Freunde in den Vereinigten Staaten um Spenden gebeten, um die erheblichen Reisekosten besonders der Teilnehmer zu decken, die aus größeren Entfernungen angereist sind, und wir hatten das Glück, von einigen Freunden so viel zu erhalten, daß wir damit den größten Teil der Kosten der Konferenz bestreiten können. Alles in allem war ein Betrag von etwa 40 000



Der Nobelpreisträger Prof. Linus Pauling bei seiner Ansprache zum Abschluß der Osloer Konferenz

Dollar erforderlich. Hoffen wir, daß die Konferenz nun einen Beitrag zum Weltfrieden leistet. Er braucht nicht groß zu sein, die Rüstungskosten belaufen sich in der ganzen Welt auf 3 Millionen mal 40 000 Dollar. Wenn die Konferenz den Prozeß der Abrüstung auch nur um 10 Sekunden vorantreiben sollte, so hätte sie sich schon bezahlt gemacht. Sollte es ihr gelingen, diesen Prozeß um eine Stunde zu beschleunigen, so hätte sie sich 360mal bezahlt gemacht. Wenn sie diesen Prozeß um einen Tag beschleunigen könnte, so hätte sie sich ... Moment mal (Gelächter!) ... 8640mal bezahlt gemacht. Hoffen wir, daß sie den Prozeß der Abrüstung um einen Tag beschleunigt.

Wissenschaftler einigten sich

Ich möchte nun etwas über die Teilnehmer der Konferenz sagen. Es sind fähige und interessante Leute, aus vielen, genau aus 15 Ländern. Es tut mir sehr leid, daß keine Zeit ist, sie Ihnen vorzustellen, denn viele von ihnen sind hier anwesend. Ich möchte nur einige von ihnen erwähnen. Da ist Dr. Boas aus Australien, der die längste Entfernung bis hier zurücklegen mußte, der am Eröffnungstag eintraf und morgen nach Australien zurückreist. Da sind ferner Frau Yukawa und Professor Ogawa aus Japan, die diese Reise nur gemacht haben, um an dieser Konferenz teilzunehmen. Erwähnen möchte ich noch Sir Robert Watson-Watt, der ein Kanadier ist — Sie sind

Kanadier, nicht wahr? Oder sind Sie nicht ein Schotte? ... (Zuruf Sir Watson-Watt) ... Also in Wirklichkeit ein Schotte! und dann lassen Sie mich noch erwähnen Professor Salvinien aus Frankreich, Professor Burkhardt aus Deutschland, Professor Rusznyak aus Ungarn, Professor Infeld aus Polen, Professor Béhouněk aus der Tschechoslowakei — ich möchte die Professoren Winogradow, Kuzine und Chwostow aus der Sowjetunion nicht vergessen, und schließlich möchte ich noch die 15 Teilnehmer aus Norwegen erwähnen, denen wir für ihre Hilfe besonders zu Dank verpflichtet sind.

Die einzelnen Zusammenkünfte der Teilnehmer waren außerordentlich interessant. Diese Treffen waren alle privat. Sie wissen, daß ich Gegner jeglicher Geheimhaltung bin. Aber es schien uns doch klüger zu sein, die Zusammenkünfte privat zu halten, damit die Teilnehmer ihre Ansichten frei und offen zum Ausdruck bringen könnten, insbesondere am Anfang, als die Meinungen sehr weit auseinandergingen. An den ersten beiden Tagen war es offensichtlich, daß die verschiedenen Teilnehmer zum Teil von völlig verschiedenen Gesichtspunkten ausgingen. Jeder geht eben, auch beim Nachdenken über Weltprobleme, von seinem eigenen Standpunkt aus. Professor Infeld erzählte in diesem Zusammenhang die Geschichte vom Elefanten. Sie ken-

sich für jedermann. Ich möchte dieses Prinzip die Goldene Regel nennen. Sie lautet: Verhalte dich anderen gegenüber um 20 Prozent besser, als du erwartest, daß sie sich dir gegenüber verhalten, um damit subjektive Irrtümer auszuschalten (Beifall). Professor Jerome Wiesner, der jetzt Sonderberater Präsident Kennedys für Wissenschaft und Technologie ist, hielt in Pasadena, Kalifornien, einen öffentlichen Vortrag, zwei Tage, nachdem seine Ernennung auf diesen Posten bekanntgegeben war. In diesem Vortrag machte er eine sehr treffende Bemerkung. Er sagte, eigentlich sollte jedermann wissen, was der Physiker über die Parallaxe weiß. Parallaxe bedeutet: Wenn man beim Ablesen eines Galvanometers etwas von links her auf den Galvanometerstrich schaut, so erhält man einen hohen Meßwert, wenn man etwas von rechts her auf den Strich sieht, so erhält man eine niedrige Messung. Professor Wiesner sagte, dies bedeute folgendes: Wenn ein internationales Abkommen wirklich beiden Seiten gerecht werde, so werde es den Amerikanern erscheinen, als bevorzuge es die Russen, und den Russen, als hätten die Amerikaner den größeren Vorteil erlangt; und jeder müsse wissen, daß ein gerechtes Abkommen notwendigerweise von verschiedenen Seiten so verschieden beurteilt würde.

möchte ich gleich sagen, daß ich zwei oder drei eigene Anmerkungen dazu machen möchte, die ich aber ganz klar als meine eigenen Gedanken kennzeichnen werde.

„Wir, 35 Physiker und Biologen, 25 Sozialwissenschaftler und Gelehrte, kamen für 5 Tage in Oslo zusammen, um über die erhöhte Gefahr eines Atomkrieges und weltweiter Zerstörung zu diskutieren, die sich aus der Verbreitung der Kernwaffen auf weitere Nationen oder Gruppen von Nationen ergibt. Die Möglichkeit, daß einige Staaten Kernwaffen neu erwerben, ist nahegerückt. Es ist unsere Ansicht, daß dies ein ernstes Risiko für die Welt bedeutet:

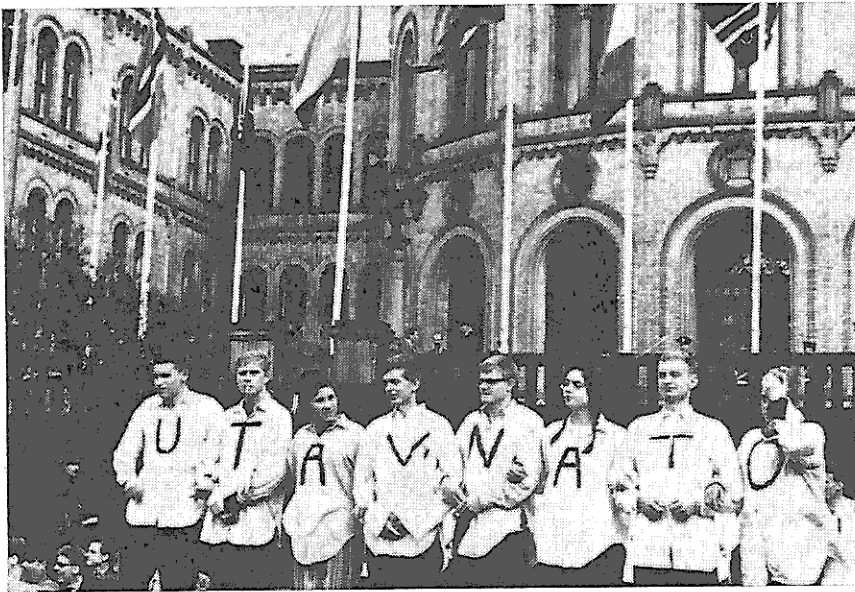
1. Jede Nation, deren Streitkräfte mit Kernwaffen ausgerüstet sind, zwingt ihre Nachbarn dazu, die gleichen Waffen zu erwerben.
2. Wenn Kernwaffen in immer mehr Hände gelangen, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, daß ein Weltkrieg durch menschliches oder technisches Versagen ausgelöst wird.
3. Die Verbreitung der Kernwaffen auf weitere Staaten erhöht aber auch die Aussicht, daß ein Atomkrieg bewußt und gewollt ausgelöst wird.
4. Weiterhin bedeutet eine Zunahme der Zahl der Atommächte eine erhebliche Erschwerung aller Abrüstungsbemühungen.
5. Für ein Land, das im Besitz von Kernwaffen ist, erhöht sich die Aussicht, daß es in einem Atomkrieg zur Zielscheibe wird.

Der Erwerb von Atomwaffen, entweder durch Übergabe oder durch eigene Entwicklung, durch weitere Staaten hat noch andere verhängnisvolle Folgen. Die Herstellung von Kernwaffen erfordert die Geheimhaltung von Forschungsergebnissen. Das widerspricht der Tradition der Wissenschaft, es bedeutet eine Einschränkung der persönlichen Freiheit und der internationalen Zusammenarbeit und behindert die Anwendung der Wissenschaft zum Wohl der Menschheit. Waffen, die zur totalen Vernichtung dienen, gewähren Gruppen von Militärs, Wirtschaftskapitänen und Managern großen und oft entscheidenden politischen Einfluß. Weiterhin macht es der technische Charakter der Atomwaffenträger praktisch unmöglich, eine politische Kontrolle über die Anwendung von Kernwaffen auszuüben.“

Nur zwanzig Minuten Zeit liegen zwischen dem Druck auf den Knopf und der Explosion, die eine Stadt zerstört. Das ist eine Bemerkung von mir.

„Aus diesen und anderen Gründen muß die Weiterverbreitung von Kernwaffen verhindert werden. Wir haben dafür nicht unbegrenzt Zeit.

Wir fordern, daß die heutigen Atom-mächte sich sofort vertraglich verpflichten, Kernwaffen keiner anderen Nation oder Nationengruppe zu überlassen, und daß alle Nationen, die diese Waffen bisher noch nicht besitzen, sich verpflichten, diese Waffen weder zu erwerben noch selbst zu entwickeln.



Norwegische Studenten demonstrierten anläßlich der NATO-Rats-Tagung in Oslo für den Austritt Norwegens aus der NATO. Da man ihnen das Tragen von Transparenten untersagt hatte, malten sie sich die Losung „Ut av NATO“ (Heraus aus der NATO) auf ihre Hemden.

nen die Geschichte natürlich auch, daß Leute aus verschiedenen Staaten aufgefördert werden, einen Aufsatz über den Elefanten zu schreiben. Er sagte, der Aufsatz des Polen habe den Titel „Der Elefant und die polnische Frage“ getragen. Ein norwegischer Teilnehmer meinte dazu, der Aufsatz des Norwegers habe geheißen „Norwegen und das norwegische Volk“ (Gelächter). Das ist mir sehr sympathisch. Zwar mag ich Elefanten sehr gern, aber die Norweger mag ich viel lieber.

Ich möchte Ihnen jetzt ein grundlegendes Verhaltensprinzip vorschlagen. Es gilt vor allem für Teilnehmer an Verhandlungen und Konferenzen, aber an

Ich werde jetzt gleich die Erklärung verlesen, die die Konferenz beschlossen hat. Es schien zuerst unmöglich, daß die verschiedenen Vorstellungen der 60 Teilnehmer je auf einen Nenner gebracht werden könnten. Aber es wurde geschafft; und die Erklärung, die ich Ihnen jetzt verlesen werde, wurde einstimmig angenommen, ohne eine einzige Gegenstimme, und sogar ohne eine einzige Enthaltung. Das bedeutet nicht, daß die Erklärung die Ansichten eines jeden Teilnehmers ganz exakt wiedergibt, aber es bedeutet immerhin, daß es ihre Ansichten mit einem Spielraum von 20%, oder vielleicht auch nur von 5% widerspiegelt. Ehe ich jetzt die Erklärung verlese,

Die Verhinderung der weiteren Verbreitung von Atomwaffen ist ein wesentlicher Teil in dem Ringen um die Abschaffung des Krieges überhaupt. Seit mehr als einem Jahrzehnt stimmen die Wissenschaftler darin überein, daß die Entwicklung der Atomwaffen es den Menschen ermöglicht hat, jede menschliche Kultur zu vernichten. Es gibt keine Verteidigung gegen Kernwaffen, die nicht durch eine Verstärkung des Angriffes unwirksam gemacht werden könnte. Internationale Abkommen zur Begrenzung des Krieges zwischen den Großmächten auf den Gebrauch herkömmlicher Waffen oder „kleiner“ Atomwaffen sind kein gangbarer Weg. Immer wieder haben verantwortliche Politiker verschiedener Länder, Wissenschaftler, Kenner der internationalen Beziehungen und andere Fachleute erklärt, daß die Kernwaffenvorräte auf keinen Fall benutzt werden dürfen und daß die Zukunft der Welt nur darin liegen kann, daß der Krieg abgeschafft und Streitigkeiten zwischen den Staaten gemäß dem Völkerrecht entschieden werden.

Doch ungeachtet der Genfer Verhandlungen über einen Atombombenversuchsstopp und ungeachtet aller Abrüstungsbemühungen haben sich die Kernwaffenvorräte vervielfacht. Die Kernwaffen der großen Nationen haben heute insgesamt eine Sprengkraft, die um mehrere tausendmal alles übertrifft, was in allen vergangenen Kriegen zusammengenommen angewandt wurde. In einem Krieg würden diese Bomben einen großen Teil der Weltbevölkerung töten.“

Lassen Sie mich hier eine kleine Feststellung einschieben. Sie wissen, daß ich etwas für Zahlen und zahlenmäßige Berechnungen übrig habe. Ich wollte in diesem Punkt eine bestimmte Angabe machen. In meiner Eröffnungsansprache, die auch der Presse übergeben wurde, sagte ich, daß die heute existierenden Bomben, deren Zahl mehrere zehntausend, möglicherweise über hunderttausend, beträgt, insgesamt eine Explosionskraft haben, die ich auf 250 000 Megatonnen schätze. Dies wäre mehr als 25 000mal die Explosivkraft allen Sprengstoffs, der in allen Kriegen der Weltgeschichte verwandt wurde. Die anderen Teilnehmer der Konferenz, meine Kollegen, die darüber mehr als ich wissen, wollten aber einer solchen Feststellung nicht zustimmen. Die Lage ist die, daß nach offiziellen Angaben die Sprengkraft aller Kernwaffenvorräte sich auf 30 000 Megatonnen beläuft. Auf der Pugwash-Konferenz wurde über die Zahl von 60 000 Megatonnen diskutiert. Aus diesem Grunde möchte ich hier von 30 000 Megatonnen sprechen; denn das ist eine Zahl, gegen die meine sachverständigen Kollegen, auf deren Urteil ich mich verlasse, wahrscheinlich weniger einzuwenden haben als gegen meine Schätzung, die möglicherweise zu hoch ist. 30 000 Megatonnen, das ist nur 3000mal die Summe der Sprengkraft, die in allen Kriegen der Weltgeschichte zur Anwendung gekommen ist. Nach einer ganz allgemeinen Schätzung würden in einem Atomkrieg etwa 200 bis 300 Millionen Menschen sterben müssen, vielleicht auch sehr viel mehr, möglicherweise weniger; das hängt von der Natur des Krieges ab. Wenn alle vorhandenen Waffen eingesetzt werden, dann

würden diese Zahlen ohne Zweifel gewaltig überschritten werden. Der Schaden würde natürlich auch die Menschen treffen, die in am Krieg unbeteiligten Ländern leben. — Nachdem ich Ihnen nun einige Zahlen gegeben habe, möchte ich zu der Erklärung zurückkehren. Sie fährt fort:

„Wir sind der Ansicht, daß keine Streitigkeit einen Atomkrieg rechtfertigen kann. Sogar kleine Kriege sind heute äußerst gefährlich wegen der großen Wahrscheinlichkeit, daß ein kleiner Krieg zu einer Weltkatastrophe anwächst. Angesichts der Gefahr und der Instabilität des gegenwärtigen Wettrennens besteht die einzig vernünftige Politik darin, eine allgemeine, vollständige und weltweite Abrüstung mit einer geeigneten internationalen Kontrolle und Überwachung anzustreben. Dies ist das erklärte Ziel der Atommächte und aller anderen Nationen.“



Protestdemonstration gegen das Bündnis Norwegens mit Deutschland innerhalb der NATO anlässlich des Befreiungstages in Oslo (vgl. Bericht auf Seite 10).

Auch dazu möchte ich eine Bemerkung machen. Ich habe das Gefühl, daß durchaus nicht jeder auf der Welt weiß, daß die allgemeine und vollständige Abrüstung mit Kontrolle und Überwachung das erklärte Ziel aller Nationen ist. Es ist aber tatsächlich so. Dieses Ziel ist in den Vereinten Nationen einstimmig gebilligt worden. Ministerpräsident Chruschtschow hatte vor 1½ Jahren den Plan einer allgemeinen und kontrollierten Abrüstung befürwortet, der innerhalb von 4 Jahren verwirklicht werden sollte. Dieser Plan sah eine vollständige Überwachung im Falle vollständiger Abrüstung und begrenzte Überwachung im Falle begrenzter Abrüstung vor.

Premierminister MacMillan erklärte, die vollständige und allgemeine Abrüstung sollte das anerkannte Ziel aller Nationen sein.

Der amerikanische UNO-Delegierte Wadsworth erklärte am 27. Oktober 1960 vor den Vereinten Nationen, die Vereinigten Staaten seien der Ansicht, daß eine vollständige weltweite Abrüstung innerhalb von 5 oder 6 Jahren erreicht werden könnte, wenn auf beiden Seiten der gute Wille und das Bewußtsein der Dringlichkeit vorhanden sei. Wörtlich sagte er: „Wir wünschen ernst, aufrichtig und ehrlich die allge-

meine und vollständige Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle. Davon werden wir keinen Zoll abgehen. Wir wünschen, daß wir unmittelbar zu Fortschritten in Richtung auf dieses Ziel gelangen, indem solche Maßnahmen ergriffen werden, die heute schon unternommen werden können, während wir zur gleichen Zeit versuchen, jene Probleme zu lösen, die bei der Erreichung des Zieles der allgemeinen und vollständigen Abrüstung noch vor uns liegen.“ Dies ist eine Feststellung des amerikanischen UNO-Delegierten vor den Vereinten Nationen. Ich muß sagen, ich bin ein Optimist. Ich selbst glaube nicht, daß das Ziel in 5 oder 6 Jahren erreicht wird; ich nehme an, daß es viel schwieriger sein und länger dauern wird, bis wir soweit sind. Aber ich bin ein Optimist, und ich glaube, daß wir das Ziel erreichen können und auf dem Wege sind, es zu erreichen.

Ich werde jetzt keine eigenen Anmerkungen mehr machen, sondern nur noch die Erklärung verlesen, die von der Konferenz einstimmig beschlossen worden ist.

„Die allgemeine und vollständige Abrüstung kann und muß erreicht werden. Letztes Ziel sollte die Schaffung internationaler und nationaler Polizeieinheiten sein. Das Problem, Wege zur Abschaffung der Atomwaffen zu finden, darüber hinaus zu einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung zu kommen, ist kompliziert. Aber wenn ihm ein Bruchteil der Aufmerksamkeit gewidmet wird, die man jetzt auf militärische Fragen verwendet, so kann es, wie wir glauben, gelöst werden. Wir verlangen, daß in dieser Richtung sofort große Bemühungen unternommen werden.“

Entmilitarisierte Zonen

Es müssen Wege gefunden werden, um die Spannungen zu vermindern, die die Verbreitung der Kernwaffen bewirken.

Der erfolgreiche Abschluß eines Vertrages über eine atomwaffenfreie Zone in der Antarktis im Jahre 1960 liefert einen vielversprechenden Präzedenzfall. Wir verlangen, daß auch über das viel schwierigere Problem Verhandlungen aufgenommen werden, wie man Zonen begrenzter Rüstung in den Krisenherden der Welt, insbesondere in Mitteleuropa, schaffen kann.

Vertrag über die Einstellung der Kernwaffenversuche

Seit 1958 versuchen die Atommächte, ein Abkommen über die Einstellung der Kernwaffenversuche zu entwerfen. Bei der Regelung der Überwachung des Versuchsstopps haben sich große technische Schwierigkeiten ergeben. Zwar wurden große Fortschritte gemacht, aber die Verhandlungspartner sehen es jetzt als schwierig an, ihre Aufgabe zu vollenden.

Wir wenden uns gegen die Durchführung aller weiteren Atombombentests irgendeiner Nation. Wir verlangen, daß man sich durch einen vernünftigen Kompromiß in den wenigen noch ungeklärten Fragen auf einen Entwurf eines Vertrags über die Einstellung der Kernwaffenversuche einigt.

Wirtschaftliche Folgen der Abrüstung

Die Abrüstung schafft eine hervorragende Gelegenheit, den Lebensstandard in der ganzen Welt zu heben, aber sie wirft andererseits auch größere Probleme der Umorganisation der Wirtschaft auf. Wir fordern, daß über diese Fragen sofort im nationalen und internationalen Rahmen ausführliche Studien unternommen werden. Solche Pläne werden die Abrüstungsbemühungen sicherlich positiv beeinflussen. Zahlreiche Wissenschaftler, Ingenieure, Arbeiter und Unternehmer sind in Forschungsorganisationen oder Werken beschäftigt, die der Aufrüstung dienen. Will man diese Männer und Frauen dazu gewinnen, die Abrüstung zu unterstützen, so müssen praktische Pläne vorhanden sein, ihre Beschäftigung für die Rüstung in eine friedliche Beschäftigung umzuwandeln.

Moralische Verantwortung

Die Befürworter der weiteren Verbreitung der Kernwaffen reagieren auf eine vollkommen neue Situation in zwar verständlicher, aber völlig überholter Weise. Diese neue Situation erfordert ein neues Verständnis des Wesens der moralischen Verantwortung. Die Beschränkung der Pflicht zur Loyalität auf den Bereich eines Staates ist veraltet, erforderlich ist Loyalität zur ganzen Menschheit. Einzelpersonen müssen für Handlungen, die sich gegen die Interessen der gesamten Menschheit richten, persönlich zur Verantwortung gezogen werden. Wissenschaftler und Gelehrte tragen eine einzigartige Verantwortung, die volle Bedeutung der Revolution in der Waffentechnik im vergangenen Jahrzehnt zu enthüllen. Dazu ist erforderlich, daß über die Wirkung der Atom- und Wasserstoffbomben, über die allgemeinen Folgen eines Atomkrieges und über die Zerstörung der Werte unserer Gesellschaft durch

die Vorbereitung eines Atomkrieges zutreffende Informationen verbreitet werden. Ebenso wesentlich ist es, daß konstruktive Vorschläge zur Lösung dieser schwerwiegenden Probleme vorgelegt werden. Klugheit und Geschicklichkeit sind erforderlich, um Bewegungen ins Leben zu rufen, die in der Lage sind, unsere Zukunft vor der Vernichtung zu retten.

Da wir nicht nur uns selbst erhalten wollen, sondern auch das Leben weiterer Generationen gewährleisten möchten, müssen wir unsere Jugend durch Lehre und praktisches Beispiel dazu bringen, daß sie die Ereignisse der Welt begreift, daß sie die gemeinsamen Interessen in Zusammenarbeit mit allen Völkern der Welt verwirklichen lernt, daß sie Haß und Furcht abschüttelt, die von einigen gebraucht werden, um uns zu spalten, und daß sie versteht, daß keine Streitigkeit zwischen den Nationen einen Atomkrieg rechtfertigt.

Wissenschaft und Forschung sind von ihrer Tradition her international; in ihnen arbeiten Menschen in vielen Teilen der Welt bei der Verwirklichung von Zielen zusammen, die über ihr persönliches Leben hinausgehen. Diese durch gemeinsame Anstrengung entstandene Verbindung ist von entscheidender Bedeutung dafür, daß es uns



Auch in Norwegen: Proteste gegen Atomwaffen in den Händen deutscher Generale

gelingt, den Krieg zu verhindern, alle Möglichkeiten zu ergreifen, um die Menschheit von Hunger, Krankheit, Unbildung und Furcht zu befreien, um dadurch die wirtschaftliche, politische und soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen und zu einer Kultur beizutragen, die menschenwürdig ist.

Eine Welt ohne Krieg

Die Erfindung der modernen Waffen hat bewirkt, daß eine Welt ohne Krieg, bisher ein Traum der Menschheit, zu einer unbedingten Notwendigkeit geworden ist. Es ist möglich, eine Gemeinschaft aller Menschen der Welt aufzubauen, die auf den Grundsätzen der Freiheit, der Gerechtigkeit und des gegenseitigen Vertrauens beruht. Wir müssen uns von dieser Überzeugung leiten lassen, indem wir uns in Wort und Tat gegen die Verbreitung der Kernwaffen und für die Abrüstung einsetzen."

Prof. Vogt (Dänemark):

Im Namen aller, die nicht an der Konferenz gegen die weitere Ausbreitung der Kernwaffen teilgenommen haben und die die Gelegenheit erhielten, der heutigen Veranstaltung beizuwohnen, möchte ich den Teilnehmern der Konferenz für die Arbeit danken, die sie geleistet haben. Aber vor allem richtet sich mein Dank an Frau und Herrn Pauling, deren edle Worte uns tief berührt und aufgerichtet haben. Sie haben uns gezwungen, über jenen wahrlich kritischen Augenblick in der Geschichte der Menschheit nachzudenken, in dem, wie es gesagt worden ist, wir alle Mittel zu besitzen schienen, um jede Spur menschlicher Kultur von der Erde zu vertilgen. Zur gleichen Zeit könnten wir, wenn es uns gelänge, den schicksalhaften Lauf der Ereignisse zu wenden, die glänzenden Entdeckungen des menschlichen Geistes auf dem Gebiete der Kernphysik in den Dienst des Friedens und Fortschritts stellen. Wir wissen, daß die Arbeit, die Sie begonnen haben und der Sie sich in so hochherziger Weise gewidmet haben, sehr schwierig ist. Vereinigen wir uns in der Hoffnung, daß Ihre Anstrengungen nicht vergeblich sein mögen. Davon kann unsere Zukunft abhängen. Ich danke Ihnen.

Ava Helen Pauling:

Seit vielen Jahren ist der Wert des Krieges als einer menschlichen Einrichtung bezweifelt worden. Schon im 17. Jahrhundert schlug Grotius vor, daß anstelle des Krieges das Völkerrecht die Aufgabe übernehmen sollte, die Streitigkeiten zwischen den Nationen zu klären. Heute, wo sich die wissenschaftlichen und technischen Fähigkeiten der Menschheit gewaltig gesteigert haben, sind die Mittel der Kriegführung wirksamer geworden denn je. Der Krieg als eine menschliche Einrichtung ist heute in der Lage, alle anderen menschlichen Einrichtungen zu zerstören, ja er ist in der Lage, die Menschheit selbst zu vernichten. Darum verlangt die Vernunft, daß wir uns entscheiden, den Krieg abzuschaffen. Es ist völlig unvernünftig, als Teil des menschlichen Lebens eine Institution beizubehalten, die alles zerstören kann, was die Menschheit in so langer und harter Arbeit entwickelt hat. Zugleich mit der Zunahme der zerstörerischen Wirkung des Krieges ist im Menschen das Gefühl erwachsen, daß er ein Individuum ist, daß er ein Recht hat, über sein eigenes Schicksal zu bestimmen, und daß er Verantwortung für sich selbst und für seine Mitmenschen trägt. Darum sind wir hier, weil wir das Problem erörtern wollen, wie man den Krieg als ein Mittel, Streitigkeiten zwischen Nationen zu beseitigen, ab-

schaffen kann. Wir sind überzeugt, daß die weitere Verbreitung der Kernwaffen die Gefahr des Krieges steigert und außerdem jene Verhandlungen außerordentlich erschwert, die jetzt zwischen den Nationen zustande kommen müssen, wenn wir jene Einrichtung abschaffen wollen, die heute jeden andern Fortschritt der Menschheit so nachhaltig behindert. Wir dürfen uns nicht entmutigen lassen, wenn es scheint, daß wir manchmal mit unseren Anstrengungen keinen Erfolg erzielen. Erst jetzt werden die Probleme der industriellen Revolution gelöst, die doch schon vor 100 Jahren stattfand. So ist es nicht verwunderlich, daß wir manchmal einige Dinge nicht ganz klar sehen und Irrtümer begehen, daß wir uns

manchmal vielleicht sogar auf einem falschen Wege befinden. Aber wenn uns nur noch die Zeit bleibt, um diese Probleme zu lösen, und wenn wir uns diese Lösung mit ganzer Kraft vornehmen, dann werden wir sie auch finden.

Ich möchte Ihnen noch sagen, daß wir bei Ihnen in Norwegen und in Oslo eine Woche lang eine schöne Zeit verbringen durften. Wir haben uns sehr gefreut, besonders glücklich waren wir über den Fackelzug. So etwas hatten wir noch nie gesehen, und wir möchten Ihnen für dieses große Erlebnis danken. Wir werden Norwegen verlassen, reicher an Erfahrungen und reicher durch eine tiefe Erinnerung, die wir mit uns nehmen. Ich danke Ihnen.

Die Teilnehmer der Osloer Konferenz

AUSTRALIEN	Dr. Walter Boas, Physiker
DÄNEMARK	Prof. H. Høigaard Jensen, Physiker; Dr. med. O. Sten-Knudsen, Dozent; Frau Mag. art. Else Zeuthen
DEUTSCHLAND	Prof. Dr. G. Burkhardt
FINNLAND	Prof. Göran von Bonsdorff, Historiker
FRANKREICH	Prof. Jean Salvinien
GROSSBRITANNIEN	Prof. Dorothy Hodgkin, Chemikerin; Sir Stephan King-Hall; Dr. Antoinette Pririe, Ophthalmologin; Prof. Joseph Rotblat, Physiker
JAPAN	Prof. Iwao Ogawa, Physiker; Frau Sumi Yukawa
KANADA	Sir Robert Watson-Watt, Physiker
NORWEGEN	Dr. Niels Arley, Biophysiker; Vilhelm Aubert, Dozent; Prof. Jens Christophersen, pol. Wissensch.; Prof. Dr. theol. Johan B. Hygen; Dr. phil. Christian Bay; Prof. Torstein Eckhoff, Staatsrechtler; Dr. med. Reidar Eker; Dr. Karl Evang, Generaldirektor des norwegischen Gesundheitsdienstes; Dr. techn. Tormod Förland, Chemiker; Prof. Johan Galtung; Prof. Ellen Gleditsch; Amanuel Hans Tambs-Lyche; Magister phil. Knut Midgaard, pol. Wissensch.; Adjunkt Marie Lous-Mohr; Prof. Arne Naess, Philosoph; Dr. Per Oftedal, Biologe; Prof. Torkel Opsahl, Völkerrechtler; Dr. med. Alexandre Pihl; Prof. Ivan Thoralf Rosenqvist, Geologe; Prof. Magne Skodvin, Historiker; Dr. Max Tau, Literat; Prof. Harald Wergeland; Thomas Wyller, Dozent
POLEN	Prof. Leopold Infeld, Physiker
SCHWEDEN	Lennart Ebersen, Chemiker, Dozent; Frau Inga Beskow; Gunnar Inghe, Dozent; Prof. Harald Oistad, Philosoph
SOWJETUNION	Juri Beljajew; Prof. Wladimir Chwostow; Alexander Kuzine, Wissenschaftler; Alexander Winogradow
TSCHECHOSLOWAKEI	Prof. Frantisek Behounek
UNGARN	Prof. I. Rusznyak
USA	Dr. William C. Davidson, Physiker; Vizepräsident W. H. Ferry; Dr. Frances Herring, öffentl. Verwaltung; Prof. David R. Inglis, Physiker; Prof. Seymour Melman, techn. Hochschule; Prof. Jay Orear, Physiker; Prof. Victor Pacshkis; Prof. Linus Pauling, Chemiker; Frau Ava Helen Pauling; Charles O. Porter, ehem. Kongreßabgeordneter; Dr. Edward G. Ramberg, Physiker; Dr. Robert Schutz, Wirtschaftswissenschaftler

Schutz der Verfassung oder Verfassungsschutz?

Wir haben in der Bundesrepublik bekanntlich einen Verfassungsschutz. Der Verfassungsschutz spürt, wie es seinem Namen entspricht, Feinde der Verfassung auf. Das ist eine wichtige Aufgabe, mit der bei uns heute Zehntausende beschäftigt sind. Allerdings wird offensichtlich dieser Verfassungsschutz nur sehr einseitig bemüht, denn da gibt man den Ostermärschen starken Begleitschutz, man bewacht die Wohnungen und den Lebenswandel einer ganzen Menge von Bürgern, man muß auch viel Post lesen. Es ist darum nicht verwunderlich, wenn es vorkommt, daß jemand durch die Maschen schlüpft, obwohl er sich frei und offen als Feind der Verfassung zu erkennen gibt. Tatsächlich ist so etwas möglich.

Bundestagsvizepräsident Jaeger hat nach einer bisher undementierten Meldung am 16. April in Kempten gesagt, nach der Bundestagswahl müßte es die CDU/CSU allein oder zusammen mit einer anderen Partei fertigbringen, die Verfassungsänderung für ein Notstandsgesetz zu erreichen. Gelingen dies nicht, werde der Staat zugrunde gehen oder die Regierung wäre — um das abzuwenden — gezwungen, außerhalb der Verfassung oder sogar gegen sie tätig zu werden. Wenn das nicht ein offenes Wort ist! Hier wird ein Verfassungsbruch im voraus gerechtfertigt.

Herr Jaeger verfolgte natürlich einen Zweck. Sehr viele Abgeordnete hatte, als sie den Entwurf des Notstandsgesetzes sahen, angesichts der lückellosen Perfektion dieses Entwurfs die Angst gepackt; Angst davor, daß es am Ende doch wahr sein könne, was die Warner im Ausland und Inland sagen: Daß man nämlich mit diesem Gesetz eine totale Diktatur etablieren kann. Diese Bedenken sollen nun durch eine handfeste politische Erpressung zerstreut werden. Der Bundestagsvizepräsident erklärte den Abgeordneten, wenn sie dem Gesetz nicht willig zustimmten, dann werde die Regierung sich eben mit Gewalt nehmen müssen, was sie haben wolle: die uneingeschränkte Diktaturgewalt. Das ist kein Spiel mehr mit Möglichkeiten — Herr Jaeger ist ein sehr einflußreicher Mann —, sondern eine programmatische Erklärung, das Programm zur Abschaffung der Demokratie so oder so. Wieso fürchtete sich Herr Jaeger eigentlich nicht vor dem Verfassungsschutz?

Ein paar Tage später wußte man es. Bundesinnenminister Schröder, der oberste Chef des Verfassungsschutzes, stellte sich vor die Presse und deckte Jaeger, indem er erklärte, wenn das Notstandsgesetz nicht durchkomme, dann müsse die Bundesregierung auf den „übergesetzlichen Notstand“ zurückgreifen. Das bedeutet der Sache nach genau dasselbe.

Der Verfassungsschutz wird also seiner Aufgaben nicht ganz gerecht. Sollte dann nicht ein anderes Staatsorgan die Aufgabe wahrnehmen, die Verfassung zu schützen? Gemäß Artikel 20 des Grundgesetzes ist das Volk das oberste Staatsorgan.

Wichtige Hinweise!

Unsere Leser finden in dieser Nr. des „Kongreßdienstes“ einen Aufsatz von unserem Büromitglied Ernst von Salomon, der sich mit den zunehmenden Rufmorden beschäftigt.

Wir beabsichtigen Material zu sammeln, um die zahlreichen Beispiele neuer Hexenjagd zu veröffentlichen. In den nächsten Ausgaben des „Kongreßdienstes“ werden wir unseren Lesern schon einige prägnante Fälle unterbreiten können. Wir beabsichtigen, nach einer gewissen Zeit das gesamte im „Kongreßdienst“ veröffentlichte Material in Form einer Broschüre herauszubringen, um die ernste Gefährdung der persönlichen Integrität und Freiheit auch einem größeren Kreis bewußt zu machen. Eine solche Broschüre kostet natürlich viel Geld. Wir können dieses Vorhaben nur durchführen, wenn unsere Leser und Freunde uns nach Kräften unterstützen. Sollten Sie in der Lage sein, uns eine besondere Spende für diesen Zweck zu senden, so sind wir Ihnen sehr dankbar. Bitte überweisen auf unser Postscheckkonto Hamburg 2730 60 (Hans Schiefbahn — Ständiger Kongreß). Bitte auf dem Abschnitt vermerken: „Sonderspende Broschüre Rufmord.“

★

Wir haben festgestellt, daß in der letzten Zeit leider die Jahresbeiträge für den „Kongreßdienst“ nur noch schleppend eingehen. Wir bedauern das außerordentlich, da gerade jetzt jeder Betrag dringend benötigt wird. Wenn wir uns deshalb an Sie, sehr verehrter Leser, mit der dringenden Bitte wenden, uns den Jahresbeitrag — soweit noch nicht geschehen — nunmehr zu überweisen, so sind wir davon überzeugt, daß es nur dieses Hinweises bedarf, Ihre Hilfe in dieser Hinsicht zu erhalten.

Das Studium dieser Nr. des „Kongreßdienstes“ wird jeden aufgeschlossenen Menschen davon überzeugen, daß die Situation sehr ernst ist und dringend etwas getan werden muß. Unsere Leser können schon dadurch etwas tun, indem sie uns den erbetenen Betrag von DM 10,— sofort überweisen, um uns unsere so notwendige Bewegungsfreiheit zu sichern.

Nehmen Sie bereits jetzt unseren herzlichen Dank entgegen!

Postscheckkonto Hamburg 2730 60, Hans Schiefbahn, Ständiger Kongreß.

★

In der letzten Zeit mehrten sich die Zuschriften aus dem Kreis unserer Leser, daß sich der Inhalt des „Kongreßdienstes“ mit einigen Publikationen weitgehend deckt, die von anderen Gruppen der Gegner der Atomrüstung herausgegeben werden.

Wir haben gerne die Anregung aufgegriffen, mit anderen Organisationen der Atomrüstungsgegner darüber zu verhandeln, ob man nicht gemeinsam ein Mitteilungsblatt herausgeben kann, um evtl. Überschneidungen zu vermeiden. Die Verhandlungen haben zu einem vorläufigen Ergebnis geführt. Der „Kongreßdienst“ wird mit dieser Nr. das letzte Mal erscheinen. Dafür erhalten Sie im nächsten Monat ein neues Blatt, das getragen wird vom „Ständigen Kongreß“, von der „Aktionsgemeinschaft gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik“, vom „Zentralausschuß der Landbevölkerung gegen die atomare Aufrüstung in der Bundesrepublik“ und vom „Aktionsausschuß der Jugend aus Hütten und Schächten gegen den Atomtod“. Wir werden uns bemühen, noch weitere Gruppen für die Mitarbeit zu gewinnen.

Filmbesprechung

„Deadly the Harvest“ (Die tödliche Ernte)

Ein Film der Quäker über die englischen Antiatommärsche

Dieser Film, der auf dem Marsch von Aldermaston nach London Ostern 1960 gedreht wurde, ist ein Dokument von ergreifender Echtheit. Er gibt uns einen Eindruck vom Optimismus, von der Kraft und Entschlossenheit einer Massenaktion gegen den Atomtod. Das Wort „Masse“ ist heute bei uns verpönt; in der Bundesrepublik machen immer noch „Männer die Geschichte“ — die Masse ist angeblich gestaltlos und bedrohlich. Man weiß nicht, wie der Film „Deadly the Harvest“ in England gewirkt hat. Für uns ist er ein Loblied auf die Kraft und den Lebenswillen des Volkes. Dieser Film zeigt eigentlich fast nur Menschen, Gesichter. Alles ist vertreten: vom ehrwürdigen Geistlichen bis zum saloppen Teenager oder zornigen jungen Mann, da-

zwischen die ganze Breite der Bevölkerung, Arbeiter, Hausfrauen, Ärzte, Intellektuelle und sehr viele junge Menschen. Unerhört vielfältig sind die mitgeführten Transparente und Losungen; neben- und hintereinander tragen Katholiken und (man denke!) Kommunisten ihre Transparente. Auf allen fällt die bekannte Rune der „Campaign for Nuclear Disarmament“ (CND) ins Auge.

Der Film führt uns weder finsternen Fanatismus noch gedrückte Resignation vor. Das wäre wahrscheinlich auch nicht möglich gewesen; denn das gab und gibt es auf den Ostermärschen nicht. Wir sehen heitere, manchmal sogar komische Szenen; aber die Zusammenfassung ist weder heiter noch komisch. Die Leute, die da marschieren, wissen, daß sie siegen werden.

Gagarins Erdumkreisung

An sich kam das Ereignis nicht überraschend, hat man doch allgemein damit gerechnet, daß es der Sowjetunion als erstem Lande gelingen würde, die Weltraumfahrt durch den Menschen einzuleiten.

Dennoch, als die Nachricht uns erreichte, waren noch viele Menschen skeptisch. Aber es ist nun nicht mehr zu verkennen: Die Weltraumfahrt hat begonnen.

Die ungeheure technische Leistung, eine Raumkapsel mit ca. 4725 kg Gewicht in 89 Minuten mit einer Geschwindigkeit von 29 000 km/Stunde um die Erde zu senden, dann zur rechten Zeit die Bremsung auszulösen und am vorgesehenen Ort zu landen, kann nur bewundert werden. Nähere Einzelheiten erübrigen sich, sie standen in allen Zeitungen.



Interessant ist es, daß unsere Presseorgane es zum Teil versucht haben, die Bedeutung des Fluges zu verkleinern, aus Gagarin einen „Roboter“ zu machen, den Raumflug des Amerikaners mit den bescheidenen Mitteln der ballistischen Kurve künstlich an Bedeutung zu erhöhen.

Alle diese Bemühungen können die Tatsachen nicht ungeschehen machen. Ohne Zweifel hat ein neues Zeitalter in der menschlichen Geschichte begonnen. Die Pioniere stellen heute die Sowjetunion. Für die Menschheit hoffnungsvoll ist es, daß Ministerpräsident Chruschtschow diesen großen Erfolg mit einem Friedensappell an die Nationen verbunden hat.

Bilder: Titelbild: Keystone

Seiten 3, 5: Hollmann

Seiten 7, 16: Keystone

Seiten 11, 13, 14: privat